

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Donnerstag, 24. Feber 1927.

Nr. 46.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 43.—
halbjährig 88.—
jährlich 162.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich, früh

Auch noch die Gewerkschaften?

Unsere Hauptaufgabe in dem beginnenden Kampf gegen die Verwaltungsreform wird es sein, die arbeitenden Massen darüber aufzuklären, daß diese sogenannte Reform, welche mehr als einer Million Wähler der arbeitenden Klassen das Wahlrecht für die Landtage und Bezirksvertretungen raubt und welche die Bevölkerung unter ein unerhörtes System der Polizeimiliz stellt, der erste Anschlag gegen die Arbeiterklasse als Klasse ist, die dauernd geknebelt und geschlagen werden soll. Die Parasiten am Volkskörper, die in der heute herrschenden tschechisch-deutsch-slowakischen Reaktion ihre Hoffnung erblicken, werden, das kann als sicher angenommen werden, sich, wenn dieses Attentat gelingt, nicht damit begnügen, sondern werden alles daran setzen, die Zeit der Herrschaft ihrer Kreaturen zu weiteren reaktionären Gesetzeswerken auszunutzen, um ihre Vorherrschaft zu befestigen.

Die Gefahren für die Arbeiterklasse sind ungeheure, das muß in Herz und Hirn aller arbeitenden Menschen eingehämmert werden. Schon künden die journalistischen Trompeter der herrschenden tschechisch-deutschen Reaktion einen neuen Vorstoß gegen die Grundrechte der Arbeiterklasse. Diesmal ist es das Koalitionsrecht, das freie Streikrecht, auf dessen Vernichtung es abgesehen ist. Der reaktionäre Appetit ist auf die Gewerkschaften gerichtet, die von der Arbeiterklasse in jahrzehntelanger, mühsamer Arbeit aufgebaut wurden. Vorläufig hat man es allerdings noch nicht mit einem ausgearbeiteten Gesetzesentwurf zu tun, aber wer könnte zweifeln, daß nichts so sehr der kapitalistischen Reaktion im Wege steht als die freien Gewerkschaften, deren Zerstörung erst das kapitalistische Paradies schaffen und der Ausbeutung ungeahnte Möglichkeiten schaffen würde! Die Reaktion konzentriert gegenwärtig ihre Kräfte auf das eine Ziel: die Durchsetzung der Prügelpatent, und sie ist nicht so unvorsichtig, ihre weiterliegenden Pläne vorzeitig zu verraten. Nur das Zentralorgan der tschechischen Arbeiter hat dies kürzlich sehr deutlich getan, und mancher könnte meinen, das sei nur ein frommer Wunsch, aber die Erfahrung lehrt, daß den heute Regierenden alles zuzutrauen, und daß der Weg von denartigen Wünschen und Forderungen bis zur Tat, oder wenigstens bis zum Versuche einer solchen, kein allzu weiter ist.

Was das agrarische Blatt verlangte, das war nichts geringeres als die Neutralisierung der Gewerkschaften nach faschistischem Muster. Diese Neutralisierung sei zugleich ein wirtschaftliches, öffentliches und auch staatliches Interesse. Dem Staate müßte das Aufsichtsratsrecht über die Gewerkschaften eingeräumt werden, wodurch er die Möglichkeit erhalte würde, zu prüfen, daß nur der Wille der Mehrheit, nicht aber die Minderheit Streiks erzwingen. Da ein großer Teil der Arbeiterklasse nicht organisiert ist, sei oft ein Streik nicht der Ausdruck des Willens der Arbeiterklasse, sondern die Aktion einer relativ starken Minderheit. Die Vernichtung auf die nichtorganisierten, indifferenten Arbeiter verfolge keinen anderen Zweck, als die Gewerkschaften in ihrer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu beschränken und sie unter die Fuchtel der Regierung und der Bürokratie zu stellen. Mit anderen Worten: die Gewerkschaften als wichtiges Kampfmittel der Arbeiterklasse sollen machtlos gemacht, die Arbeiterklasse soll wehrlos, verflacht der Ausbeutung der Unternehmungsklassen ausgeliefert werden.

Was die Möglichkeit und sogar Wahr-

scheinlichkeit der Absicht, die Gewerkschaften den Händen der Arbeiterklasse zu entwinden, glaubwürdig macht, das ist, daß ein solcher Plan durchaus auf der Linie des Strebens der tschechisch-deutschen Bürgerkoalition nach Verflüchtigung der Arbeiterklasse und nach ungehemmter Ausbeutung der arbeitenden Massen gelegen ist. Verfolgt nicht jede einzelne der schon beschlossenen oder in Vorbereitung stehenden gesetzlichen Maßnahmen das selbe Ziel? Sehen wir die Anwälte des trockenen Faschismus, die sich der Staatsgewalt bemächtigt haben, nicht täglich an der Arbeit, das Netz zu spinnen, unter dem jede selbständige Regung der Arbeiterklasse, jede Gegenwehr gegen die Ausbeutungslüste der kapitalistischen Klasse erstickt werden soll? Durch die Verwaltungsreform soll der Selbstverwaltung ein Ende bereitet werden, sie wird aber auch das Ende der Demokratie bedeuten und das soziale Wirken der Arbeiter in den Gemeinden vollständig lähmen. Gleichzeitig ist sie der erste Schritt zur Beseitigung des allgemeinen, gleichen Stimmrechts. Hand in Hand damit geht das Streben, das Werk der Sozialversicherung zu vernichten; nicht nur seine soziale Brauchbarkeit für die Arbeiterklasse soll beseitigt, es sollen auch die Institute der Sozialversicherung den versicherten Arbeitern entzogen, sie um jeden Einfluß darin bestohlen werden. Das alles und noch vieles andere läßt es glaubwürdig erscheinen, daß die Reaktion in Fortsetzung ihrer planmäßigen Anechtung der Arbeiterklasse tatsächlich die Augen der Wurzeln der Gewerkschaften zu legen gedenkt, wenn sie auch unmittelbar, mit der Hinterrückung anderer „revolutionärer Schritte“ beschäftigt, den Zeitpunkt der Tat noch nicht für gekommen hält.

Die erste Bedingung für einen erfolgreichen Kampf ist die Absichten und die Stärke des Feindes zu erkennen und ihn nicht zu unterschätzen. Es geht uns Ganzes, daß ist die Überzeugung, die wir in die Massen tragen und die wir aufzutrüben müssen. Der Augenblick, der gekommen ist, wird den Beweis für die politische Reife der Arbeiterklasse zu erbringen haben, von der Kraft der Abwehr, die sie aufbringen wird, kann auf Jahrzehnte hinaus ihr Schicksal abhängen. Die zweite, nicht minder wichtige Bedingung ist ihre Einigkeit und Geschlossenheit im Abwehrkampf. Von dieser Erkenntnis ist allerdings bei den Kommunisten trotz ihrem täglichen Aufmarsch zur proletarischen Einheitsfront leider wenig zu sehen. — Wer wirklich die Einheitsfront aller Werktätigen will, der muß diesen Willen vor allem durch die Einstellung aller feindseligen Angriffe gegen jene, den er als Bundesgenossen gewinnen will, betätigen. Die Kommunisten waren früher einmal bereit, sogar mit den Patentreizern (Nedel-Graf Reventlow) einen Burgfrieden zur Herstellung eines gemeinsamen Vorgehens zu schließen, warum können sie nicht gegenüber den sozialistischen Parteien ihre verlogenen, giftigen Angriffe jetzt in der Stunde der höchsten Gefahr zurückstellen, da es nicht nur um die Zukunft der Arbeiterklasse, sondern schließlich auch um das Schicksal der kommunistischen Partei geht? Die Kommunisten, gebunden an die ihnen von Moskau diktierten Weisungen, denken auch jetzt nur daran, an dem Feuer der Erregung der Massen, das durch das Wüten der Reaktion aufzulammen beginnt, ihr armseliges Parteiflüppchen zu lodern. Der drohende Schlag gegen die Arbeiterbewegung hat ihnen bisher nicht einen Augenblick die Schändlichkeit und Verwerflichkeit ihres im übrigen nutzlosen Spieles zum Bewußtsein gebracht. Nochmals: der Augenblick ist ernst und drohend, die Reaktion blüht mit kaum verhaltenem Hohn auf den von den Kommunisten mit Aberglauben und Gewissenlosigkeit fortgesetzten proletarischen Bruderkrieg. Soll sie triumphieren, wollen die Kommunisten ihre Torkel erst erkennen, wenn es zu spät ist und die Arbeiterklasse wehrlos gefesselt am Boden liegt?

Was haben die Aktivisten erreicht?

Ein Ueber-Prügelpatent und die Vernichtung der Selbstverwaltung. — Der Kaufpreis: Kohleneinfuhrsteine und Bereinigung einiger Grafen von der Beschlagnahme ihrer Güter.

Rede des Genossen Dr. Heller im Senat.

Prag, 23. Feber. Der Senat hat heute nach einer Pause von mehr als zwei Monaten die erste Plenarsitzung abgehalten und zunächst den Regierungsentwurf eines neuen Zollgesetzes, durch das der Zolltarif allerdings gar nicht berührt wird, in Behandlung gezogen.

Genosse Dr. Heller unterzog bei dieser Gelegenheit den Entwurf einer Verwaltungsreform einer vernichtenden Kritik, wobei er zunächst die reaktionären Vollzugsbestimmungen dieses Ueber-Prügelpatentes gebührend würdigte und dann auf den Anteil, den die deutschbürgerlichen Regierungsparteien an diesem Schandgesetz haben, ausführlich zu sprechen kam. Er rief ihnen all die großmühtigen Versprechungen von kommenden Erfolgen ins Gedächtnis, mit denen sie bei ihrem Regierungseintritt nur herumwarren, und zeigte dann an konkreten Beispielen, wie diese Erfolge in Wirklichkeit ausfielen:

Für die Massen die Hölle, die ihnen die Lebensmittel verteuern, für einzelne Angehörige der Regierungsparteien, ehemalige Grafen und Pfaffen aber die Verehrung von Hunderten von Heftarbeschlagnahmten Bodens aus der sonst so unerträglich gehandhabten Bodenreform, und „kleine“ Geschenke in Form von „Kohleneinfuhrsteinen“.

Die einstündige Rede des Genossen Dr. Heller fand die ungetrübte Aufmerksamkeit des ganzen Hauses; die Deutschbürgerlichen auf den Regierungsbänken sahen dort wie die begossenen Perron und schloß dem so zwischenzeitlich verurteilten Herrn Landhändler Lutzsch verschlug es ganz und gar die Rede. Die Herren haben einen ordentlichen Vorgeschmack davon bekommen, wie es ihnen ergehen wird, wenn sie diese direkt verbrecherische Politik vor ihren Wählern werden rechtfertigen sollen.

Die Sitzung, die um halb 5 Uhr begann, wurde vom Vorsitzenden Huban mit einem warmen Reduz für den verstorbenen nationalsozialistischen Senator Ciperka eröffnet; der Sitz des verstorbenen Senators sowie der Platz, den der kürzlich verordnete Vorsteher des henogavischen Buras Wejnerek einnahm, waren mit Blumen reich geschmückt.

Der Nachfolger Ciperkas, Senator Hubka, leitete die Angelegenheit, worauf nach Verlesung verschiedener Präsidialmitteilungen der erste Punkt der Tagesordnung,

der Entwurf eines neuen Zollgesetzes,

in Verhandlung gezogen wurde. Der Referent für den volkswirtschaftlichen Ausschuss, Senator Dr. Rozlosny, führte zuerst an, daß das Zollrecht in den historischen Ländern auf dem Gesetze vom Jahre 1835, in der Slowakei gar auf den Zollverordnungen aus den Jahren 1747 und 1788 beruhe; seither wurden diese Gesetze durch zahllose Bestimmungen ergänzt, so daß jetzt ein unüberschaubares Chaos von Vorschriften über das Zollwesen existiert, von denen man vielfach nicht einmal weiß, ob sie eigentlich noch gültig sind oder nicht. Zu der in Österreich vor dem Krieg geplanten Novellierung ist es nicht mehr gekommen. Der vorliegende Entwurf soll endlich das Zollrecht kodifizieren und zugleich unifizieren; der Zolltarif wird durch den Entwurf jedoch nicht berührt.

Dr. Krupka rühmte namens des verfassungsmäßigem Ausschusses die sorgfältige Ausarbeitung der Vorlage; in den Gesetzesentwurf seien nur die grundsätzlichen sowie jene Bestimmungen aufgenommen worden, die keinen Lenbungen unterliegen, während alle veränderlichen Bestimmungen der Regelung in Verordnungswege (3) vorbehalten sind. Hier steht allerdings der Verdesch der ganzen Vorlage; nicht weniger als 28 Ermächtigungen an die Regierung sind in dem Gesetze enthalten! Die Regierung kann sogar nach Paragraph 4 die Ein-, Aus- und Durchfuhr durch Regierungsverordnung verbieten oder beschränken, und zwar zum Schutze von Staatsmonopolen, aus militärischen oder polizeilichen (1) Gründen oder endlich zum Zwecke der Erfüllung internationaler Verträge. Der Berichterstatter verwarf vergeblich diesen Schandfleck des Gesetzes zu verteidigen und die im Ausschuss dagegen vorgebrachten Angriffe der Opposition zu entkräften.

Als erster Debattierender sprach

Genosse Dr. Heller,

der sich zunächst mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf auseinandersetzte und hervorhob, daß der neue Entwurf in gewisser Hinsicht einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand bedeute; doch bedarf das Zollverfahren und namentlich des Gefälligstrafverfahren dringend einer ausgiebigen Modernisierung, insbesondere bezüglich des Abfertigungsverfahrens, das den damit betrauten Beamten eine ungeheure Macht in die Hände gibt; dies ist um so unerbittlicher, als die Beamten an dem Ertrag der Steuern materiell beteiligt sind. Redner verweist auf die in der „Bohemia“ im Herbst 1926 erschienene Artikelserie und führt einige dort ausführlich behandelte, besonders traffe Fälle an, wie die Zollbeamten mit einzelnen Parteien umzugehen wogen. Das derzeitige Verfahren fördert direkt das Spiebel- und Denunziantentwesen, insbesondere noch durch die Aussetzung einer Greifprämie.

Die Grundlage einer Reform müßte die Offenheit und Mündlichkeit des Gefälligstrafverfahrens und die Herbeiführung des Pauculemens zu denselben bilden.

Unsere Partei hat deshalb zwei Resolutionen beantragt, in denen die Regierung aufgefordert wird, noch in der Frühjahrsession ein neues Gefälligstrafgesetz vorzulegen und über die Verwendung der auf Grund des Abfertigungsverfahrens eingehenden Gelder zu berichten.

Trotz einzelner Punkte des Gesetzes kann unsere Partei nicht dafür stimmen, weil die Annahme des Gesetzes als eine Vertrauensfrage für die Regierung aufgehoben werden könnte; wir haben aber kein Vertrauen zu der Regierung, die in dem vorliegenden Gesetze nicht weniger als 28 verschiedene Ermächtigungen erhalten soll.

Unter Nichtvertrauen gegen diese Regierung ist in ihren bisherigen Taten genügend begründet; in der jüngsten Zeit vor allem durch die Votlagen über die Steuer- und die Verwaltungsreform.

Unsere Partei vertritt seit mehr als 30 Jahren den Standpunkt der lokalen Selbstverwaltung der Bevölkerung durch Körperschaften, welche auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewählt sind; unsere Bevölkerung ist reif dazu, sich selbst zu verwalten.

Auch die bürgerlichen Parteien waren Anhänger der Selbstverwaltung, solange das Privilegiennahrecht bestand, sie also „selbst“, das heißt mit Ausschluß der heillosen Massen, verwalten konnten. Seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes sind sie aber mit einem Male Gegner der Selbstverwaltung geworden!

Das Gaugeleit,

das in den historischen Ländern niemals in Wirklichkeit getreten ist, hatte allerdings schwere Mängel, es war aber immerhin eine Grundlage für den Ausbau der Selbstverwaltung und die Herbeiführung des nationalen Friedens. Es schuf

zwei deutsche Gaue,

Stattbad und Leipa, und rief deshalb von allseitig Anfang an den Widerstand der nationalsozialistischen tschechischen Parteien hervor, die seit Jahren an seiner Beseitigung arbeiten.

Aber was den chauvinistischen tschechischen Parteien während der Regierung der nationalen Koalition trotz aller Anstrengungen nicht gelang, das gelingt ihnen jetzt mit Hilfe und unter Führung der deutschen Parteien und Minister!

Robuste Entrüstungsrufe unserer Genossen, was die Aktivisten verlegen und ohne Widerspruch hinnehmen.)

Genosse Dr. Heller unterzieht nun die in dem neuen Entwurf übernommenen und vielfach verschärften Bestimmungen des Prügelpatentes einer vernichtenden Kritik und bezieht sich ausführlich mit diesem neuen Vollzugsverfahren, das von verschiedenen Antisemit-

bestimmungen nur so wimmelt und die persönliche Freiheit der Staatsbürger an die Gendarmen und Polizisten ausliefert. Demgegenüber beweist er auf die weit härteren und milderen Bestimmungen des neuen österreichischen Gesetzes.

Durch den Verwaltungsvertrag erhält die Regierung die vollständige Oberhoheit sowohl über die Bezirke als auch über die Landesverwaltungen;

sie kann die Bezirksverwaltungen, sie ernennt die Vorstände, befreit die Beamtenstellen, entscheidet über die Vorschläge und hebt so das höchste Recht der Selbstverwaltung durch ihre Anwartschaft auf. Die Staatsverwaltung durch den Friedensvertrag und durch die Verfassung gewährte Autonomie wird mit einem Federstrich aufgehoben;

das einzige deutsche Land Schlesien wird ausgegliedert und die deutsche Bevölkerung der tschechischen Mehrheit in Mähren ausgeliefert.

Der Entwurf ist ferner ein schwerer Angriff gegen das allgemeine Wahlrecht überhaupt. Er beseitigt das Soldatenwahlrecht und raubt durch die Erhöhung des Alters für das aktive Wahlrecht und durch die Verlängerung der Selbstlosigkeit zehntausenden Arbeitern und Angestellten ihr Wahlrecht. Der eigentliche Zweck über den allerdings nicht einmal die Unterläufer auf Seite der Regierungsparteien so recht unterrichtet sind, ist aber die:

Diskreditierung des allgemeinen Wahlrechts in der Bevölkerung, um so den Boden langsam zu ebnen für die Beseitigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts auch in den Gemeinden und im Parlament.

Der Entwurf sollte die Belohnung der Slowaken für ihren Eintritt in die Regierung sein; die slowakischen Minister täuschen ihrer Bevölkerung nun vor, als ob die Slowakei die Autonomie erhalte; in Wahrheit wird aber auch die Slowakei vollständig abhängig von der Zentralregierung in Prag; dafür wird aber:

die Slowakei in die Kerkern und Kaserne zur Ausbeutung ausgeliefert,

die nicht ermangeln werden, ihrerseits wieder die Deutschen und Ungarn in der Slowakei nach Kräften zu unterdrücken.

Die anlässlich der Errichtung der Gasse in der Slowakei

Sprachverordnung

wird einfach auf die historischen Länder übertragen, was zur Folge hat, daß die Vorstände der Bezirke- und Landesvertretungen und der Kommissionen, sowie die Referenten in den Sitzungen dieser Körperschaften sich ausschließlich der Staatsprache bedienen müssen.

Der Vorsitzende der Bezirksvertretung in Mähren und Eger, in Kitzbühel und Teischnitz, in Reichenberg und in Troppau wird kein deutsches Wort reden dürfen! Praktisch wird durch diese Bestimmungen den Deutschen die Mitarbeit in den Vertretungen unmöglich gemacht! Selbst der schriftliche Verkehr zwischen deutschen Bezirksvertretungen wird in Hinsicht ausschließlich in der Staatsprache erfolgen müssen.

Dafür, daß die ganze Bevölkerung ihrer bisherigen Selbstverwaltung beraubt wird, sind die Zollpartei und namentlich auch die beiden deutschen Minister voll verantwortlich.

Die Minister Spina und Rath-Harting werden vor der Geschichte die Verantwortung für

diese beispiellose Preisgabe der Interessen unseres Volkes zu tragen haben.

Und warum das alles? Was wurde erreicht?

Man hat uns, als die Minister in die Regierung einzutreten, geheimnisvoll auf die „kommenden Erfolge“ verwiesen; Man hat verflucht, was den angekündigten Erfolgen ist oder nicht zu sehen. Die Hölle haben zwar einem Teil der Bevölkerung Vorteile, dafür aber der großen Masse nur schwere Nachteile und neues, vermehrtes Elend gebracht; die Weltlichen haben ihre Kongresse erhalten und der Staat dafür dreieinhalb Milliarden an Rüstungsgeld für die Armee, was hat also einen Vorteil?

Senator Dr. Medinger hat in Trautau die deutschen Parteien feinerzeit beschworen, sie mögen auch in der Regierung

reine Hände

behalten. Er hat seine Foppenheimer gut gekannt:

Die Verteilung von Kohleneinfuhrscheinen an Organisationen, welche den deutschen Regierungsparteien äußerst nahe stehen, ist offenbar einer der „Vorteile“, den das deutsche Volk erlangen hat.

Wie die Ausführungen der „Heimat“, eines landwirtschafterischen Organes, beweisen, war man sich des begangenen Unrechtes voll bewußt und hat trotzdem daran teilgenommen.

Die Christlichsozialen sind allerdings unschuldig; ihnen, die ja die treuesten Diener Gottes und die Frömmsten im Lande sind, hat der liebe Gott offenbar die Kohleneinfuhrscheine direkt in die „Wage“ gelegt.

Allerdings haben einzelne Angehörige des deutschen Volkes dank der Tätigkeit des Herrn Ministers Spina, die sich zum Glück im Bodenamt abspielt, große Vorteile einheimen können. Der ehemalige Graf Hartig behielt statt der im Geleise vorgezeichneten 150 Hektar an die 400 Hektar Boden und durfte außerdem noch weitere sechs Hektar aus freier Hand verkaufen; dem ehemaligen Grafen Rieburg wurde ein schon vom Bodenamt übernommener Hof wieder freigegeben; der Graf Waldstein in Hirschberg behält 500 Hektar. Dabei kommt natürlich auch die Kirche nicht zu kurz; weil das Prager Erzbistum 716 Hektar Boden behält, muß das Stift Opatowitz ein Mitglied dieses Hauses — D. R. das früher nur 200 Hektar von der Beschlagnahme freibekommen sollte, behält jetzt auf einmal 480 Hektar, dazu den Berg Rilschau und sämtliche Wälder.

In allen diesen Fällen wurde erst mit dem Eintritt der Deutschen in die Regierung die Durchführung der Bodenreform sistiert und seit dieser Zeit nicht wieder aufgenommen!

Ich wünsche, daß heute an meiner Stelle der Mann stünde, der so oft von dieser Stelle aus die Freiheit aller Völker, und insbesondere des deutschen Volkes, vertritt, hat, Professor Spiegel. Die Sozialpartei haben in Voraussicht dessen, was kommen wird, ihm den Zugang zu diesem Hause verweigert. Er hätte sicher bis in die kleinsten Details gezeigt, wie dieser Entwurf das Selbstverwaltungsrecht aller Völker vernichtet und wie er dem deutschen Volke noch das wenigste nimmt, das es bisher hatte. Dieser Mann hat sich Euch gelehrt!

Die hätten die tschechisch-bürgerlichen Parteien im alten Österreich angefahren, wenn ihnen

eine L. L. Regierung das zugestimmt hätte, was uns heute mit diesem Entwurf über die Verwaltungsreform alles zugestimmt wird. Sie hätten mit vollem Recht von ihrem Rechte Gebrauch gemacht und der Gewalt der Regierung das Gewaltrecht ihres bedrohten Volkes entgegengelehrt.

Auch wir sind fest dazu entschlossen, der Gewalt, die man uns mit dieser Vorlage antun will, Gewalt entgegenzusetzen! (Beifall, Beifall und Handklatschen.)

Auftakt im Verfassungsausschusse.

Die Regierung will zur Verwaltungsreform keine Sachverständigen hören, kein Material vorlegen. — Alle oppositionellen Anträge abgelehnt.

Der Verfassungsausschuss des Abgeordnetenhauses trat gestern in die Beratungen der Verwaltungsreform ein. Der Vorschlag in der Tagesordnung begründete Dózer (Soz.-Dem.) den bereits in der letzten Sitzung von Genossen Dr. Czoch gestellten Antrag, die Beratungen über die Verwaltungsreform insoweit auszusetzen, bis die im Referat vorgesehene Kommission gebildet ist. Der Vorsitzende ließ über diesen Antrag eine Debatte nicht zu, sondern ließ sofort abstimmen, wobei der Antrag mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt wurde.

Genosse Dr. Czoch erneuerte seinen Antrag auf Rückberufung der Vorlage und Aufforderung an die Regierung zur sofortigen Einsetzung der im Referat vorgesehene Verwaltungsreformkommission, für deren Arbeiten die Mitglieder des Verfassungsausschusses beigezogen werden sollen. Er legte ausführlich dar, daß das Abbaugesetz für die Regierung und für den Verfassungsausschuss bindend ist.

Noch am 3. November 1926 hat Ministerpräsident Suchba im Budgetauschuss die Erklärung abgegeben, daß die Konstituierung der Kommission in allerhöchster Zeit erfolgen werde!

Es mußte entschiedenster Einpruch dagegen erhoben werden, daß sich die Regierung und die Mehrheit über ein geltendes Gesetz einfach hinwegsetze.

Weiters begründete Genosse Dr. Czoch den zweiten Antrag unseres Klubs, wonach die Regierung aufgefordert ist, alle zur Verwaltungsreform gesammelten und in ihr verarbeiteten Materialien vorzulegen. Die Vorlage, welche zur Verhandlung steht, ist von fundamentaler Bedeutung und muß daher mit aller Gründlichkeit verhandelt werden. In seiner ersten Rede hat Präsident Masarik das Wort ausgesprochen, daß die Demokratie auf der Administrative und der Selbstverwaltung beruhe, diese Worte müßten von der Mehrheit respektiert werden.

Genosse Dr. Czoch zeigte sodann auf, daß auch innerhalb der Mehrheit demokratische Meinungsgegenstände über die Durchführbarkeit der Umordnung

bestehen. Der seinerzeitige Innenminister Rath-Harting hat unter Berufung auf die überaus geringen Erfahrungen in der Slowakei die baldige Umordnung der Verfassung in einer Rede im Budgetauschuss in aller Form angekündigt. Während der jetzige Minister Dózer erst vor drei Monaten, im November 1926, die baldige Einführung der Umordnung, wenn auch in nobelster Fassung, in Aussicht stellte. Nun verurteilt

Hierauf wurde gegen 7 Uhr abends die Sitzung abgebrochen und auf morgen, Donnerstag, um halb 11 Uhr vormittags, vertagt.

Auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung befindet sich bereits die Immunitätsangelegenheit des nationalsozialistischen Generalsekretärs Senator Solec, dessen Auslieferung vom Landesgericht beantragt wird, weil er im Verdacht steht an den Schiedungen mit ausländischer Kriegsarbeit, die zur Freisetzung von vierzig Staatsangehörigen verwendet wurde, beteiligt zu sein. Solec selbst den Immunitätsanspruch, der heute tagte, um die Zustimmung zur Auslieferung ersucht.

derselbe Minister im Ministerrat der Regierungsvorlage den Grundgedanken der Verfassung, zu der sich die Revolutionärsnationalversammlung einstimmig bekannt hatte, und

befürwortet die Verfassung, die sein Vorgänger Rath-Harting als Verkörperung der Konstituierung der öffentlichen Verwaltung entschieden abgelehnt hat.

Genügt man noch, daß führende slowakische Politiker, wie der gemeinsame Minister Slobil und der Handelskammerpräsident Senator Siodala noch in den letzten Tagen mit Feuereifer für die Umordnung eingetreten sind, dann stehen wir vor einem Chaos divergierender Meinungen, das die Einbringung der gesamten Materialien, der in der Slowakei gemachten Erfahrungen und der eingeholten Sachverständigenurteile notwendig macht. Es wäre unschäbar, wenn der Ausschuss seinen Mitgliedern zumuten wollte, ohne sachliche Unterlagen in die Verhandlung einer detailbedeutsamen Vorlage einzutreten.

Der Vorsitzende ließ wiederum ohne Debatte abstimmen, wobei die Anträge eines Genossen Dr. Czoch mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt wurden.

Darauf bemühte sich Dr. Reichner (Soz.-Dem.) in eingehenden und eindringlichen Darlegungen seinen Antrag auf Vorladung von Sachverständigen zu begründen.

Genosse Dr. Czoch stellte seinerseits den Antrag, für den Fall der Zuziehung von Sachverständigen auch Vertreter der deutschen Selbstverwaltungskörper und der öffentlichen Angestellten zu hören. Er verwies darauf, daß zahllose Angestellte und Arbeiter der autonomen Körperschaften mit der Vorlage geradezu vor eine Schicksalsfrage gestellt werden, er erinnerte daran, daß auch

das Gespenst der Sprachprüfungen wieder lebendig

mit. Der Vorsitzende ließ zuerst über die prinzipielle Frage abstimmen, ob Sachverständige überhaupt gehört werden sollen, und nachdem dies wiederum mit 10 zu 9 Stimmen abgelehnt worden war, nahm er eine Abstimmung über den Kreis der beizuziehenden Personen gar nicht mehr vor.

Darauf wurde in die meritotische Beratung eingegangen, welche Dr. Kramák mit einem zweistündigen Referat eröffnete. Aus seinen Darlegungen ging unzweideutig hervor, daß innerhalb der Koalition noch schwerwiegende Fragen zu klären sind. Daher besetzte sich auch der Vorsitzende die Verhandlungen nach der Rede Kramák abbrechen.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, den 3. März, um 10 Uhr vormittags statt.

Die Frieda.

Novelle

von Fritz Bondy.

I.

Drei volle Jahre war die Frieda bei der Familie des pensionierten Hauptmannes Bogge in Stellung gewesen. Sie hatte nicht zu klagen gehabt; es war ihr nicht schlecht gegangen. Das hiesige Leben in dem kleinen Haus und dem Garten bedeutete für ihre robuste Kraft wenig, und man behandelte sie beinahe — eine gewisse Distanz verstand sich wohl von selbst — als zur Familie gehörig.

Aber man litt sie es nicht länger. Sie war in diesen ganzen drei Jahren nicht ein einziges Mal aus Bodenhausen hinausgegangen. Und Bodenhausen stellte für jemanden, der wie Frieda an die Stadt und vor allem an die großen Badewerke gewöhnt war, doch ein recht elendes Nest vor. Keine Bahn, nicht einmal ein Postauto, von einem Kino gar nicht zu reden.

Nun war die Frieda ja ein etwas, rotes Mädchen von bald dreißig Jahren, aber in Bodenhausen hatte sie überhaupt mit keinem Menschen außerhalb des Hauses gesprochen, und eines Tages schien es ihr doch, als ob sie noch zu jung wäre, um sich in diesem unglückseligen Dörfchen zu vergraben.

Und da sagte sie der Frau Hauptmann Bogge, als wieder einmal ein Monatsbesuch gekommen war:

„Wenn es also der Frau Hauptmann recht ist, dann gebe ich zum Jahresende.“

Das war für Bogges eine unangenehme Ueberraschung. Man hatte sich an die stille, fleißige Frieda gewöhnt, und es war auch in dieser schließ-

ten Zeit nicht unwichtig gewesen, daß die Frieda keinen Lohn bekam.

„Was ist Ihnen bloß mit einem Male in den Kopf gekommen?“ fragte Frau Hauptmann Bogge und überwand die der ständigen Körperfülle angemessene Gutmütigkeit ihres Charakters, um einen strengen Ton anzunehmen.

Doch die Frieda blieb dieser und allen weiteren Fragen gegenüber wortlos und beharrte auf ihrem Wunsch. Selbst der Vorwurf der Undankbarkeit vermochte nur, ihre Wangen eine Blasser zu röten, aber nicht ihren Voratz zu erschüttern.

Sie kam sich wirklich undankbar vor; denn sie war damals in recht schlechtem Zustande bei Bogges aufgenommen worden. Man hatte sie in Wagnemünde auf der Stelle fortgeschickt, als die Hausbesitzerin merkte, daß zwischen ihrem Sohn Emil und der Frieda etwas los war. Die Hotelbesitzerin hatte es vielleicht schon früher bemerkt, aber die Saison begann gerade, es hielt schwer, gutes Personal zu bekommen, und die Frieda war ein tüchtiges, christliches Mädchen. Wie dem auch sei — es traf sich, daß die Saison schlecht wurde und man kein Personal zu verkleinern suchte. Da war es ein besonderes Unglück für die Frieda, daß die Hotelbesitzerin eines Nachts zufällig auf dem Korridor stand, als das Mädchen aus dem Zimmer des jungen Herrn Emil kam.

Am nächsten Tage fuhr die Frieda in die Stadt.

Es war aber die harte Zeit bald noch dem Kriege; in einer Familie unterzukommen, schien äußerst schwierig, und die Hotels nahmen Ende Juli überhaupt niemanden.

„Geben Sie auf's Land!“ sagte ihr die Stellenvermittlerin. „Da bekommt man wenigstens etwas zu essen.“

So war die Frieda aufs Land gegangen. Ohne recht zu wissen, warum und wohin, ging sie viele Wochen auf dem Land umher, aber es gab nicht immer etwas zu essen.

Nun hätte sie ja in der Stadt von ihren ersparten zweitausend Mark nehmen können, doch davon wollte sie nicht rühren. Das war ja sozusagen das Unterpfand einer glücklichen Zukunft. Ein braves Mädchen mit Ersparnissen — warum sollte die nicht auch noch einmal ihr Glück machen? Schließlich langte sie auf ihrer Wanderung in Bodenhausen an.

Dorthin hatte der pensionierte Hauptmann Bogge sich mit seiner Frau und zwei kleinen Mädchen zurückgezogen. Er bewohnte ein nettes Haus mit Garten an den Feinern, zog schöne, gelbe Orpingtonshühner, hatte Spinat, wässerte ein Schwein und schimpfte auf die Regierung. Frau Bogge, die ihm bei all diesen Tätigkeiten helfen mußte, war schon seit langem darauf aus, ein unabhängiges Dienstmädchen an Stelle der unzuverlässigen Auswäßen aus dem Dorf ins Haus zu bekommen. Als sich daher die Frieda meldete und ihre guten Zeugnisse vorwies, wurde ein Sturmangriff auf Hauptmann Bogge ausgeführt, der dieser Ueberraschung nicht gewachsen war; die Mittelreife, daß das neue Mädchen keinen Lohn verlange, sondern mit Wohnung und Kost zufrieden sei, ermöglichte ihm einen geordneten Rückzug.

Die Frieda durfte seit diesem Tage unter der Aufsicht der Frau Hauptmann an der Wartung der beiden kleinen Töchter, der Gevanden, der gelben Orpingtonshühner, des Spinats und des Schweines ihren wahllosen wessenen Anteil nehmen. Auf die Regierung schimpfte sie nicht, weil alles außerhalb ihres Lebenskreises lag, sie nicht in der Interessiertheit und weil sie überhaupt nicht viel redete.

Sie war ein angenehmer und nützlicher Hausgenosse gewesen und darum brachte ihr Entschluß der ganzen Familie einschließlich der Hühner und des Schweines eine peinliche Ueberraschung.

„Wo wollen Sie denn hin?“ fragte die Frau Hauptmann.

„In die Stadt.“
Die Stadt! das war für die Frieda in diesen

Jahren immer mehr zum Inbegriff alles Ertriedenswerten geworden.

Jeden Tag verlor Frau Hauptmann von neuem, die Frieda zum Bleiben zu überreden.

„Was werden Sie in der Stadt anfangen? Jetzt finden Sie keine Stellung.“

„Das tut auch nichts. Dann lebe ich eben von meinen Ersparnissen, entworre die Frieda tröstlich, denn sie fühlte sich doch ein wenig davon bedrückt, daß man sie für undankbar hielt, und das machte sie störrisch.“

„Ihre Ersparnisse? Was wird davon bei der Inflation noch übrig sein?“ meinte Frau Hauptmann.

Die Inflation! Die Frieda hatte das Wort in den letzten Monaten häufiger nennen gehört, aber es sagte ihr nichts. Das war wohl so wie die Politik etwas, was die Herrschaft anging. Ihr Geld, ihre zweitausend Mark, lagen in dem sehr soliden, prächtigen Hause der städtischen Sparkasse. Sie war oft genug durch das Scheitern des letzten Tages gegangen, über dem in Stein gegraden stand:

„Spore in der Zeit, so hast du in der Not!“

Jedemal hatte man ihr in das kleine Buch zugeschrieben, was sie hindurch: fünfzig Mark, hundert Mark, auch mehr — je nachdem die Saison verlief. Manchmal mehr als ihr auch fünf- unddreißig Mark städtische Pension oder ähnliche Beträge für Zinsen zu; darüber freute sie sich umso mehr, je weniger sie es verlor.

Was hatte ihr Buch mit dieser Inflation zu schaffen? Sie suchte die Abschu und wendete sich zu ihrer Arbeit.

So vergingen vierzehn Tage und wenig erquicklich, denn Frau Hauptmann Bogge war ihr lieber Laune über Friedas Kündigung, und da konnte die arme Frieda ihr eben so wenig etwas recht machen, wie die Regierung dem Herrn Hauptmann.

(Fortsetzung folgt.)

Der Bauförderungsentwurf im sozialpolitischen Ausmaß.

In der gestrigen Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses hob der Referent Dubitsch in seinem Referat mit aller Klarheit hervor, daß der Staat nur dann eine Bau-Garantie übernimmt, wenn die Vermögensverhältnisse der Bauarbeiter dem Staat alle Sicherungen bieten. Seitens der Koalitionsparteien hat nur der Abg. Heller das Wort ergriffen, der es begründete, daß der Mieterschutz in dieser Vorlage nicht behandelt wird.

Die Vertreter der Oppositionsparteien haben mit aller Schärfe die Lücken des Entwurfes aufgedeckt. An der Debatte beteiligten sich außer anderen Gewissen Laub und Schuster die Abgeordneten Prof. Zahawitz, Sanger, Stötta, Gen. Bischoff und Johannis, Schwedda, Simm und Prof. Sorpynka.

Aus der Debatte wäre folgendes hervorzuhelen: Der kommunistische Abgeordnete Wiska wies insbesondere auf die legendäre Tätigkeit der Wiener Gemeinde auf dem Gebiete der Baubewegung hin. Gen. Bischoff hat festgestellt, daß die Vorlage eine Täuschung der Bevölkerung ist, da auf Grund dieses Entwurfes niemand zu bauen in der Lage ist. Gen. Johannis hat darauf verwiesen, daß die nationaldemokratische Partei daran skandalisierend ist, daß das Gesetz vom Jahre 1925 nicht verlängert wurde. Seine Partei werde dafür sorgen, daß das Ausland darüber informiert werde, welcher Beitrag an der Bevölkerung durch die im Entwurf vorgeschützte „Fürsorge“ für die Baubewegung begangen wird. Prof. Sorpynka spricht sich wohl gegen den Entwurf aus, ist aber dafür, daß das verlangte Eigenkapital von 25 Prozent des Bauaufwandes im Interesse der Bauherren gelegen ist.

In seinem Schlusswort stellte der Referent einige Forderungen der Vorlage in Aussicht. Die nächste Sitzung findet erst Dienstag, den 1. März, statt.

Genosse Laub über die Bauförderung.

Die Ausführungen des Genossen Laub, der das ganze Problem der Wohnungsfürsorge in vollem Umfang erörtert hat, vermögen wir nur in einem knappen Auszuge wiederzugeben. Er erklärte u. a.: Bei der Ausarbeitung des gegenwärtigen Entwurfes waren

nur finanzielle Momente bestimmend;

zu dieser Feststellung genügt ein flüchtiger Blick in den Entwurf. In dem Mieterschutz wird ausdrücklich hervorgehoben, daß vor allem Rücksicht genommen werden muß auf den Vorschlag, der es nicht zuläßt, daß der Vorkaufschlag mit neuen Ausgaben für die Baubewegung belastet wird.

Damit ist zugegeben, daß die Regierung tatsächlich überhaupt nichts für die Baubewegung anwenden will, und daß der Entwurf nur eine Fälschung auf dem Gebiete der Bauwirtschaft vorläßt.

Im § 39 konnte getrost ein viel höherer Betrag eingestellt werden, ohne daß die Gewähr geboten werden würde, daß auch nur ein Bauarbeiter tatsächlich die Möglichkeit hätte zu bauen; denn im § 30 wird ausdrücklich festgestellt, daß niemand auf die Garantie des Staates Anspruch hat.

Es ist also ganz der Willkür der Ministerien anheimgestellt, wenn sie die Garantie einräumen.

Durch diesen Entwurf sind wir weit hinter das Jahr 1910 zurückgeworfen, denn der in Österreich geschaffene Wohnungsfürsorgefonds hat in weit größerer Art den Versuch unternommen, das Wohnungsproblem zu lösen, als es durch diesen Entwurf geschieht. Und wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß dieser Entwurf für die minderbemittelten Schichten überhaupt nicht in Betracht kommt, so ist er uns durch die Ausführungen des Referenten erbracht worden, der ausdrücklich und mit aller Deutlichkeit hervorgehoben hat,

daß der Staat nur dann eine Garantie übernimmt, wenn die Vermögenslage des Bauherrn dem Staat alle Sicherungen bietet.

Genosse Laub führte dann eine Reihe von erschreckenden Ziffern über die herrschenden Verhältnisse auf dem Gebiete der Wohnungsnut an und hat aufgezeigt, welche

fürchterliche Folgen für die Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung

diese Verhältnisse zeitigen. Gen. Laub hat sich weiter mit der gänderten Haltung der deutschbürgerlichen Parteien, die sich in der Koalition befinden, beschäftigt. Er hat ihnen auch er Hand der kometographischen Protokolle des Parlaments nachgewiesen, welche Haltung ihre Vertreter zu diesen Vorlagen früher eingenommen haben, wie sie bei diesen Anlässen mit den übrigen Vertretern der Minorität die schwerste Anklage gegen die Regierung erhoben haben, daß nur ein Bruchteil des Aufwandes für das deutsche Gebiet ausgegeben wurde; alle Redner haben damals festgehalten, daß dieses Vorrecht befristet werden müsse.

Gen. Laub hat die Herren darauf aufmerksam gemacht, daß sie nun die Möglichkeit haben, ihrem Versprechen Rechnung zu tragen, und daß ihnen auch Gelegenheit geboten werden wird, zu ihrem erst eingebrachten Antrag noch Verpflichtung der Regierung zur Vorlage eines detaillierten Ausweises über die bisherigen Aufwendungen

auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge Stellung zu nehmen.

Gen. Schuster freute sich, daß noch ja, daß die Herren, die gegen die parlamentarischen Methoden in der früheren Zeit die härtesten Worte gesprochen haben, nunmehr dieselben Methoden anzuwenden. Eine Änderung des Systems kann wohl noch darin erblickt werden, daß an Stelle der Pölsa die Sämische getreten ist. Die Frage des Mieterschutzgesetzes ist nicht aus den vom Referenten angeführten Gründen nicht in diesem Entwurf aufgeführt worden, sondern aus politischen und taktischen Gründen.

Sie wollen den Abbau des Mieterschutzes erst nach den Gemeindevahlen in Angriff nehmen, das ist die Wahrheit!

Genosse Schuster

benämigt den provisorischen Charakter des Gesetzes und die kurze Befristung bis 31. März 1928 zur Erlangung der Staatsgarantie. Er wendet sich gegen die wesentlichen Verschlechterungen betreffend die Lohnschlichtergerichte, die von Polizeigewalt ummünd und in verfechter Form das Streikrecht der Bauarbeiter bedrohen. Das Fehlen der Bestimmungen über die Preisgerichte beinhaltet die Gefahr großer Baumaterial-Preissteigerungen bei günstiger Baukonjunktur.

Die Bestimmungen der Staatsgarantie sind demnach, daß Arbeiter und Arbeitermännchen keinerlei Möglichkeit zur Errichtung einer eigenen Wohnstätte geboten wird; es besteht noch die Gefahr, daß die wenigen auf Grund des neuen Gesetzes errichteten Wohnungen sehr teure Mietpreise aufweisen werden.

Scharfe englische Note an Rußland.

Drohung mit Abbruch der Beziehungen.

London, 23. Febr. (AP.) Dem Londoner Sowjet-Botschaftsmitglied wurde heute eine Note der britischen Regierung übergeben, worin die Sowjet-Regierung gewarnt und aufmerksam gemacht wird, daß die ständige feindliche Propaganda gegenüber Großbritannien den Fortbestand der geregelten diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten bedrohe. In der Note wird erklärt, die englisch-sowjetrussischen Beziehungen trügen dauernd einen sehr beunruhigenden Charakter.

Die Note schließt: Es ist nicht Sache der englischen Regierung, sich mit inneren Angelegenheiten des Sowjet-Verbandes zu befassen oder sich um die Form ihrer Regierung zu interessieren. Alles was die britische Regierung fordert, ist, daß die Regierung des Sowjet-Ver-

bandes von der Einmischung in rein britische Angelegenheiten ablasse und die feindliche Tätigkeit und die feindliche Propaganda gegen die britischen Staatsangehörigen aufhebe. Die britische Regierung sieht es jedoch als unerlässlich an, die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken in engerer Form zu warnen, daß es Grenzen gibt, über die die öffentliche Geduld in Großbritannien zu treiben sehr gefährlich ist und daß die Fortsetzung dieser Tätigkeit, gegen die wir uns in der heutigen Note beschweren, früher oder später die Aufhebung des Handelsabkommens unerlässlich machen muß, dessen Bestimmungen in so großartiger Weise verletzt wurden, daß es endlich zum Abbruch der ordentlichen diplomatischen Beziehungen kommen müßte.

Ein 42prozentiger Ausgleich der Deutschen Bank.

30 Prozent bar und 12 Prozent in Obligationen.

Reichenberg, 23. Febr. Im Ausgleichsverfahren der Deutschen Bank in Reichenberg, die im Mai 1921 begründet worden war und im Juni 1923 mit 14 Millionen Kronen Passiven ihre Schalter schließen mußte, fand heute vor dem Kreisgericht in Reichenberg die Ausgleichsverteilung statt, bei der von etwa 22 Millionen Kronen stammberechtigter Forderungen etwa 19 Millionen Kronen durch Gläubiger oder deren Bevollmächtigte vertreten waren. Im Zuge der Verhandlungen, die von 10 Uhr vormittags bis in die späteren Abendstunden andauerten, kam ein Ausgleichsvorschlag zustande, demzufolge 30 Prozent in Bar und 12 Prozent in Obligationen zur Auszahlung gelangen werden. Der Ausgleichsantrag wurde mit den Stimmen sämtlicher Anwesenden mit Ausnahme eines Gläubigers mit einer Forderung von etwa 10.000 Kronen angenommen.

Tages-Neuigkeiten.

Unerhörte Radio-Zensur auch in Brünn

Deute, Donnerstag, soll in Brünn die erste deutsche Arbeiter-Sendung stattfinden. Aber der Vortrag des Genossen Schwaibler über „Arbeiterhoffnung und Radio“ ist vom Zensor geradezu zerrissen worden. Sogar der Name des „Freien Radiobundes“ ist auszusprechen verboten! Gen. Schwaibler kann sich jedoch trösten. Er ist in guter Gesellschaft. Aus dem Gedicht von Heine „Die Wanderratten“, das nach dem Vortrag rezitiert werden sollte, hat die Zensur drei Strophen herausgerissen. Aber wie es in diesen Strophen heißt: „Nicht Wodendelante, nicht Pfaffengebet, nicht hochwobweise Staatsbedreie — die heißen Euch nicht, ihr lieben Kinder!“

Glendobler, der sichtbare Ausdruck bürgerlicher Regierungsmühsal. Tag für Tag bringen die Zeitungen Meldungen über neue Arbeitsentlassungen. Tag für Tag aber auch wird das Glend, das durch diese geschaffen wird, größer und es besteht bei der jetzt herrschenden deutsch-schlechtwilligen bürgerlichen Mehrheit fast keine Aussicht, daß dem Glend durch eingreifende Maßnahmen geteilt würde. Nicht nur, daß die Profiteure durch die Einführung der Lebensmittelpreise und der Kongrua, durch Erhöhung der Zulassener eine fortwährende Preissteigerung heraufbeschworen haben; sie zeigen auch in der Behandlung jener Probleme, die eine endgültige Regelung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse bedingen würden, daß sie nicht nur kein Verständnis anbringen, sondern, daß alle ihre Bestrebungen nur darauf gerichtet sind, die Profiteure der Unternehmenseins am weitesten zu setzen. Daß bei dieser Art des Regierens die Arbeiter-Schaft erhalten muß, daß die Arbeiter die einzigen sind, die mit ihrer Rot die Fische bezahlen müssen, ist ganz klar. Daß aber die Arbeiter auf die Dauer dieses Glend nicht ertragen werden, daß sie, angesichts der fortwährenden Steigerung der Lebensmittelpreise und der Unmöglichkeit, sich auch nur das Notwendigste für Lebensunterhalt zu verdienen, zur Verzweiflung getrieben werden, daß die herrschenden Klassen nicht übersehen haben, daß diese bürgerlichen Unternehmern auch nur einmal den Jammer, der sich bei einem arbeitslos gewordenen Familienhalter einstellt, miterlebt? Haben sie, einmal den Schmerz empfunden, den ein Vater dann, wenn er seinen Kindern kein Brot mehr geben kann, erlebt? Doch das sind ja Kleinigkeiten für das Bewußtsein dieser Menschen! Ihnen ist ja der Profit, den sie aus den Arbeitern schinden das Einzige, womit sich alle ihre Kräfte beschäftigen. Was begreifen auch, wenn wir diese Umstände in Betracht ziehen, warum die bürgerlichen Herrscher, ob sie nun in der Gemeinde oder im Parlament oder sonst wo sitzen, nur gegen die Arbeiter sein können. Ein kleiner Ausschnitt aus dem gewaltigen Glend war auch in Böhmen, in der Dominikanergasse am Dienstag zu sehen. Arbeitslose, denen die städtische Arbeitslosenunterstützung entzogen wurde, verlangten stürmisch einen Auslass für die allernächste Zukunft für sich und ihre Familien. Daß man bei diesen Anlässen die Polizei in Bewegung setzt, ist ja weiter nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß diese zur Verzweiflung getriebenen Menschen dem alltäglichen Bild einen anderen, als den vom bescheidenen Bürgerium gewünschten Anstrich geben könnten. Begreift man denn noch immer nicht, daß diese große Masse der Hungernden auch einmal zur Verzweiflung getrieben werden kann? Begreift man nicht, daß durch Kürzung der sicher nicht infalliblen Ration, die in der Volkshaus verabreicht werden, der Joch jener, die da sehen, daß es auch anders ist und kein Punkt, ausfinden kann? Auch die Geduld der Herrscher darf eben nicht überschätzt werden. Wollen die Bürgerlichen, daß keine Arbeitslosen die Straßen bevölkern, wollen sie, daß der Stolz über die fortgesetzten Entlassungen nicht ausfodert, dann mögen sie endlich einmal einsehen, daß ihre Methode geändert werden muß. Die Arbeiter-Schaft aber muß begreifen lernen, daß gerade in dieser Zeit, in der brutale Profitgier in Reinkultur ihr Wesen treibt, es nur einen Ausweg geben kann: Noch festeren Zusammenschluß in ihren Organisationen, die Parteimitglieder, Parteimitglieder zur Erlernnis zu bringen, daß nur die sozialdemokratischen Organisationen, daß die sozialdemokratische Presse die einzigen Waffen sind, mit denen der Kampf gegen das profitgierere Vorgehen geführt werden kann. Die Antwort auf die Brutalität der Unternehmern muß gerade sein: Ausbau der Organisation und der Presse und Vorbereitung für die Abrechnung!

Eine hitzige Liebesstrage in Kantonen.

Samstag lehrte in einem Kantonener Hotel ein aus Prag kommendes junges Paar ein, welches sich als Emil Kostka und Jean eintrug und hier logierte. Mittwoch früh hörte das Hotelpersonal aus dem Zimmer des Paares zwei noch aufeinander folgende Schüsse fallen und fand, als durch einen Schloffer die verperrte Zimmer-Türe geöffnet worden war, das Paar mit schweren Schussverletzungen im Kopf verunglückt in den Betten liegen. Mit dem Rettungsaute wurden die Lebensmüden in das Kantonener Krankenhaus geschafft, wo nach drei Stunden der Mann verstarb, während die Frau, obgleich auch schwer verletzt, dennoch einer Entnahme fähig war und gab, mit der 22jährigen Stationsgefängnisgattin Anna Dvofak aus Prag-Praden identisch zu haben, ihren Mann verlassen und beschloß zu haben, mit dem 20jährigen Reichenberger Emil Kostka aus Prag freiwillig und auf ihren eigenen Wunsch gemeinsam den Tod gesucht zu haben.

Die österreichische Zollvorlage.

Eine Rede Otto Bauers im Nationalrat.

Wien, 23. Febr. (Eigenbericht.) Im Nationalrat hat heute die erste Lesung der Zollvorlage stattgefunden, bei der Genosse Dr. Bauer die Belastung der städtischen Bevölkerung durch die neuen Zölle darlegte. Er begründete auch den Antrag, den die Sozialdemokraten heute im Nationalrat eingebracht haben und der verlangt, daß statt einer Erhöhung der Viehzölle aus Bundesmitteln jedem Landwirt, der ein Rind bis zu einem bestimmten Mindestgewicht aufzuzüchten hat, eine Zuchtprämie gewährt wird und jedem Landwirt, der ein Rind bis zu einem Mindestgewicht gemästet hat, eine Mastprämie gewährt werde. Die Höhe der Prämie wird durch Verordnung mit Zustimmung des Hauptausschusses festgestellt. Die Zuchtprämie darf nicht weniger als 5 Schillinge, die Mastprämie nicht weniger als 3 Schillinge betragen. Dr. Bauer legte dar, daß der Zoll auf Vieh der inländischen Landwirt-

schaft nur zu geringem Teile zugute kommt, zur Hälfte der Staatskasse, während die Konsumenten mit dem ganzen Zoll belastet werden. Dagegen kommen die beiden Prämien der Landwirtschaft voll zugute. Und sie bringen der Landwirtschaft auch sofort Hilfe, während die Zölle wegen der Handelsverträge überhaupt nicht sofort in Wirklichkeit treten könnten.

Wie die „Anabhängigkeit“ Nicaraguas ausieht.

Managua (Nicaragua), 23. Febr. (Reuters.) Nach dem von der konservativen Regierung der Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Vertrage sollen letztere den Schutz der Interessen der Republik Nicaragua für die Zeit von 100 Jahren und gleichzeitig ihre Souveränität und Unabhängigkeit garantieren. Den Vereinigten Staaten wird das Recht zum Einsehen vorbehalten, wenn es notwendig würde, die freie Durchführung der Wohlfahrt sicherzustellen.

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Freitag.

- 8.00, 11.00, 12.00, 12.15, 12.30, 12.45, 13.00, 13.15, 13.30, 13.45, 14.00, 14.15, 14.30, 14.45, 15.00, 15.15, 15.30, 15.45, 16.00, 16.15, 16.30, 16.45, 17.00, 17.15, 17.30, 17.45, 18.00, 18.15, 18.30, 18.45, 19.00, 19.15, 19.30, 19.45, 20.00, 20.15, 20.30, 20.45, 21.00, 21.15, 21.30, 21.45, 22.00, 22.15, 22.30, 22.45, 23.00, 23.15, 23.30, 23.45, 24.00.

Deutschland.

- 1.00, 1.15, 1.30, 1.45, 2.00, 2.15, 2.30, 2.45, 3.00, 3.15, 3.30, 3.45, 4.00, 4.15, 4.30, 4.45, 5.00, 5.15, 5.30, 5.45, 6.00, 6.15, 6.30, 6.45, 7.00, 7.15, 7.30, 7.45, 8.00, 8.15, 8.30, 8.45, 9.00, 9.15, 9.30, 9.45, 10.00, 10.15, 10.30, 10.45, 11.00, 11.15, 11.30, 11.45, 12.00, 12.15, 12.30, 12.45, 13.00, 13.15, 13.30, 13.45, 14.00, 14.15, 14.30, 14.45, 15.00, 15.15, 15.30, 15.45, 16.00, 16.15, 16.30, 16.45, 17.00, 17.15, 17.30, 17.45, 18.00, 18.15, 18.30, 18.45, 19.00, 19.15, 19.30, 19.45, 20.00, 20.15, 20.30, 20.45, 21.00, 21.15, 21.30, 21.45, 22.00, 22.15, 22.30, 22.45, 23.00, 23.15, 23.30, 23.45, 24.00.

Die Grippe geht stark zurück. In der Woche wurden in Böhmen insgesamt 20.179 Grippefälle gemeldet, d. i. ungefähr um 5000 Fälle weniger als in der Vorwoche. Aus dem Großteil der Bezirke treffen Nachrichten über eine wesentliche Abnahme der Grippe ein. Bloß in den Grenzbezirken zeigt sich noch eine Zunahme, u. zw. wegen der entlegeneren Lage der neu betroffenen Gemeinden. Komplizierte Fälle wurden 604 gemeldet, davon entfällt der größte Teil auf Lungentzündung (398). Bisherig wird noch berichtet, daß im Verlaufe der Krankheit sehr häufig Funktionsstörungen der Herzstätigkeit auftreten. Todesfälle wurden hauptsächlich infolge Lungenentzündung, 179 gemeldet. Es waren dies ausschließlich ältere Leute und junge Kinder. In Prag wurden während der angeführten Zeit 214 Grippeerkrankungen gemeldet, in Budweis 84, in Bülau 125, in Reichenberg 54, in Aussig a. G. 15, in Pardubitz 3. Folgende Bezirke hatten die größte Zahl an Grippeerkrankungen zu verzeichnen: Prag 745, Bohemomouth 920, Reichenau a. d. Auda 709, Semil 565, Zentenberg 760.

Zur Erhöhung der Regelfahrtpreise für Eisenbahnangehörige teilt das Eisenbahnministerium mit, daß die Neuregelung schon am 1. März d. J. in Kraft treten wird. Die betreffende Tarifvorschrift, deren Schlußredaktion sich bei der Detailausarbeitung etwas verzögert hat, ist bereits an sämtliche Staatsbahndirektionen verfaßt worden.

Der Leiter der „Libodé Koviny“ gestorben. In Brünn ist Dienstag Dr. Alfred Stranšky, der Direktor der „Libodé Koviny“ im 47. Lebensjahre gestorben. Der Verstorbene, ein Vetter Dr. Jaroslav Stranšky, war im Kriege Militärarzt, nach dem Umsturz zunächst in der Liquidationskommission in Wien und dann im Nationalverteidigungsministerium tätig, bis er zur Leitung der „Libodé Koviny“ berufen wurde, die ihren Aufstieg zum großen Teile ihm zu verdanken haben.

Mussolinis Feldzug gegen die Deutschen Südtirols. „Popolo d' Italia“, das Organ Mussolinis, bringt eine ausführliche Abhandlung über die neue Provinz Bozen, worin über die fortwährende antisemitische Tätigkeit weiter Kreise der Bozener Bevölkerung geklagt und eine energische Beseitigung der antisemitischen Elemente in den Banken und Wirtschaftskreisen gefordert wird. Es wird erklärt, die Zusammenarbeit mit den Deutschen dürfe nicht zu einer Verstärkung ihres Einflusses führen. Die italienische Industrie wird aufgefordert, in dem neuen Gebiet Absatz zu suchen. Der Artikel kündigt an, daß über Wunsch Mussolinis demnächst in Bozen eine neue italienische Tageszeitung unter der Leitung des bisherigen Direktors der „Alpenzeitung“ Regretti erscheinen wird.

Nicht die Rosa, sondern die Emma ist's. Die „Sonnenberger Zeitung“ veröffentlicht nachstehende Warnung:

Wir warnen hiermit jedermann für das Weiterverbreiten des falschen Gerüchts, daß unsere Fahnenträgerin, Fräulein Rosa Sommerhäusler, in anderen Umständen ist. Nicht diese, sondern die Begleiterin Emma Althaus ist es. Da dieselbe aber die Fahne nicht in die Hand bekommen hat, so ist unsere Fahne als unbeschädigt zu betrachten. Derselben Personen, welche sich wiederholt der unverschämtesten Lüge bedienen und uns mit unserer Fahne beleidigen, werden wir gerichtlich belangen.

Treu-deutsches Heil!

Arbeiter-Anlandsreisen. Die Husonab-Reise-Organisation in Bodendach teilt mit: Die erste Reise in diesem Jahre hat die Deutsche Schweiz zum Ziel; findet vom 24. Juni bis 3. Juli statt und sieht als Programm vor: Neuchâtel-Prag, Tour: Linz-Salzburg-Jungbrunn-Bregenz, Dampferfahrt auf dem Bodensee nach Konstanz, Besuch der Rheinfälle bei Schaffhausen, Zürich, Rundfahrt auf dem Vierwaldstättersee, Auffahrt auf Rigi-Kulm, Besuch von Interlaken, der Veneralp und des kleinen Schönbühl, Ausflug zum Jungfrauoch, Grindelwald nach Anderrieden; Besuch des Veschnenkees, Bern und Umgebung, Zürich, Dampferfahrt auf dem Rädersee; Rückfahrt über Jungbrunn (Stadtbefestigung), Salzburg (Ausflug zum Schloss Hellbrunn) — Prag. Weitere Reisen finden statt: Vom 22. bis 28. Juli 1927 Studienfahrt nach Wien, verbunden mit Dampferfahrt durch die Wachau, Ausflug zur Donau und Besuch der Morava-Schlösser. — 8. bis 22. August: 3. Italien-Mittelmeer-Reise mit Benedig-Florenz-Rom-Neapel, Schifffahrt ab Neapel nach Triest.

Ein Höckerwagen von einem Lastzug zerplatzt. In den Wägenständen des Mittwochs fuhr die Händlerin Randa aus Wlitz mit ihrem 18-jährigen Sohne auf einem einachsigen Wagen zum Meißner Markt. Die harte Eisz. Gutter und andere Lebensmittel sowie auch lebende Schweinechen geladen. Das Fahrzeug hatte die Lokalbahnstrecke Kralup — Neratowitz zu überqueren und fand die Vahnschranke offen. Als es mitten auf dem Geleise arg lang war, brannte mit Vollkraft ein Lastzug heran, der den Wagen buchstäblich zerplatze. Die Händlerin wurde auf der Stelle getötet, ihr Sohn der zur Erde geschleudert, nicht direkt unter die Räder kam, ist lebensgefährlich verletzt, das Pferd mußte geschlachtet werden. Es konnte noch nicht festgestellt werden, wen die Schuld an dem Unglück trifft.

Eine polische Schatzkammer in Berlin. Im Zentrum Berlins kam es Dienstag abends zu

Knödel oder Wasser?

Wobei bleibt?

Die agrarische Heimat hat bekanntlich die Kohleneinfuhr-Geschichte als Knödelstraß bezeichnet, den die deutschen Regierungsparteien mitmachen, weil sie ihn nicht verhindern konnten und zu dem sie alle miteinladen, die guten Willens sind, die Speckfädel gleichfalls, so wie Agrarier und Christlichsoziale, mit Gefinnungsberrat und Morallosigkeit zu bezahlen.

Zur Gegenwart zu diesen Knödeln, zu denen sich also die Agrarier offen bekennen, steht das Wasser, das der christlichsoziale Abgeordnete Krumpke aus der ganzen Geschichte machen möchte. Krumpke, mit dessen Verteidigungsartikeln über die Kohlenkorruption wir uns schon beschäftigt haben, macht damit nun auch die christlichsoziale Provinzpresse unsicher, weshalb es geboten erscheint, den Galkmaschias, den er zusammenschrieb, an einigen Einzelheiten näher zu erläutern. Herr Krumpke überschreibt seinen Artikel folgendermaßen:

Deutsche christlichsoziale Volkspartei und Kohleneinfuhrscheine.

Eine zu Wasser gewordene Sensation. Na, da ist aber Krumpkes Wunsch der Vater des Gedankens. Die Sensation, die diesmal wirklich eine ist, bleibt bestehen, daß die Christlichsozialen, kaum daß sie den Ministerstuhl angewarmt hatten, ein dedererbärmlichstes Korruptionsgeschäfte mitmachten und mitgingen. Aber, sagt Herr Krumpke, die „Wige“ — das ist die christliche Kredit- und Wirtschaftsgemeinschaft, durch die die Kohleneinfuhrscheine vertrieben wurden — ist kein Parteieinstinkt.

„Es ist richtig“, sagt Krumpke, „daß die Wirtschaftsgemeinschaft „Wige“ der Partei nahesteht, aber ebenjso wahr ist, daß sie vollständig selbständig ist.“

Sie steht nahe, denn die Hauptfunktionäre der Partei und der „Wige“ sind ein und dieselben Personen — aber sie ist selbständig, nämlich juristisch selbständig, weil das Gesetz das gar nicht anders zuläßt, weil es bisher politischen Parteien noch nicht gestattet ist, mit Schatzkammern, Kassenkassen und Kohleneinfuhrscheinen zu handeln.

Aber es gibt Leute, die den feinen Unterschied zwischen der christlichsozialen Abgeordneten-Vobel, Scharnagl und Freischer einerseits und den christlichsozialen Genossenschaftsführern Vobel, Scharnagl und Freischer nicht kennen. Und zu diesen Leuten, die besonderen Sinn für solch mannigfaltig nützliche Personalunion haben, gehören die Kohlenfirmen, von denen Herr Krumpke selber, unter entsprechender Herabsetzung des christlich-jüdischen „Gegensatzes“, folgendes berichtet:

Von der Möglichkeit, Kohleneinfuhrscheine zu bekommen, wurde der Klub der christlichsozialen Der Mayr-Harting wird doch nicht Wasser trinken, wenn der Spinalette Knödel ist!

einer Schlägerei zwischen Angehörigen der SPD und wie es in der Meldung heißt: „politisch Andersdenkenden“. Die Kommunisten holten ihre Gegner aus einem Straßbahnwagen heraus zertrümmerten mit Steinen die Scheiben des Wagens und griffen die Leute tatsächlich an. Sieben Kommunisten wurden verhaftet.

Reisstrophe beim Fall. Wie „Echo de Paris“ aus Lyon meldet, stürzte Dienstag nachts während eines Balles, den ein Automobilklub im Grand-Theater gab, der Fußboden eines im ersten Stock gelegenen Saales in einer Fläche von 10 Quadratmetern auf die in dem darunter liegenden Saale befindlichen Personen. Vier Personen wurden verletzt, davon eine schwer.

De Pinados Ozeanflug. Aus Fernando Noronha, 22. Feber (einer Insel im Atlantischen Ozean an der Küste von Brasilien), wird gemeldet: Das Flugzeug De Pinados wurde heute, Dienstag gegen 15 Uhr, hier gestartet. De Pinado beabsichtigte, keine Zwischenlandung vorzunehmen, mußte jedoch um 17 Uhr wegen der schlechten Wetterverhältnisse zurückkehren. Das Flugzeug ging auf dem Wasser nieder und wurde von einem brasilianischen Kreuzer eingeschleppt. Das Flugzeug und seine Besatzung befindet sich in ausgezeichneter Verfassung.

Verdächtig durch Geistesge. Auf eigenartige Weise ist, wie aus Georgswalde berichtet wird, der Gerichtspartener Richter verunglückt. Als er auf einer Leiter die anstößig der Beerdigung des verstorbenen Kreisgerichtsrats Heinrich Hofed gestiftete Grabstätte wieder verlassen wollte, stürzte der über 60 Jahre alte Mann wahrscheinlich infolge Verblüdung durch Geistesge. Er wurde, dieses neben den Särgen in der Gruft liegend, aufgefunden. Bei dem Sturz hatte sich Richter außer erheblichen Hautabschürfungen im Gesicht auch einen Oberschenkelbruch zugezogen.

Ein Kind vor die Hunde geworfen. In Leinberg wurde eine große Leiche entdeckt. Im Garten eines Hauses hat man den blutigen Leichnam eines Kindes in fürchterlich verblutetem Zustande aufgefunden. Die gerichtliche Kommission fand in der Nähe der Hundehütte, auf der Erde liegend, in gräßlich verblutetem Zustande den wachen Leichnam eines neugeborenen Knaben. Der Körper wies eine Menge Schunden auf; an diesen Stellen war er vollkommen zerlegt. Auf der Erde lagen die blutigen Reste

Abgeordneter nicht etwa von der Regierung, sondern bezeichnender Weise von jüdischen Kohlenfirmen Prags verhängt. Dabei ergab sich, daß diese Firmen genau über die Verteilung der Scheine Buch führten und sehr großen Wert darauf legten, den von der christlichsozialen Partei zu erreichenden Anteil zu erhalten. Der Klub lehnte jede Berührung mit dieser Angelegenheit entschieden ab, sprach keine Einmischung an und beauftragte niemandem solche, nicht einmal der „Wige“.

War ja auch gar nicht notwendig. Als Mitglied des Abgeordnetenklubs lehnt man ab, zieht sich aber dann den Kopf des „Wige“-Führers an und die Geschichte ist gemanagt.

Aber es ist wirklich „bezeichnend“, daß die Kohlenfirmen, und ausgerechnet die „jüdischen“, direkt ihren Weg zu den christlichsozialen Abgeordneten nahmen. Diese Juden haben ein gesundes Gefühl für die Geschäfte, die sich am besten mit Patenten machen lassen und sie scheuen sich, wenn sie ihren Schab machen, einen Teufel darum, wenn die Krumpkes, nachdem auch sie ihren Reiback gemacht haben, zu ihrer Verteidigung die unannehmbaren Antisemiten spielen.

Herr Krumpke möge aber, statt sich und seine Partei durch keine Verteidigungsversuche noch mehr zu blamieren, folgende konkrete Fragen beantworten:

Wann haben die Kohlenjuden den christlichsozialen Abgeordnetenklub von der Kohleneinfuhr-Geschichte verhängt? Seit wann streicht die „Wige“, jenes christlichsoziale Geschäftsunternehmen, das mit der christlichsozialen Partei nicht mehr als die Führer gemeinsam hat, den Einfuhrscheine-Reiback ein?

Wenn Herr Krumpke die Wahrheit antworten wollte, würde sich, allerdings nur zur Heberaufschung der dümmsten Ketzelscheibe, herausstellen,

daß die „Wige“ ihre Geschäfte erst seit jener Zeit auch über den Handel mit staatlichen Einfuhrscheinen ausgedehnt hat, seitdem die deutschen Christlichsozialen in der Regierung sitzen!

Womit doch eindeutig festgestellt ist, daß die christlichsoziale Partei mit den Kohleneinfuhrscheinen genau so viel zu tun hat, wie die „Wige“ mit der christlichsozialen Partei. Nur ist es freilich den Christlichsozialen nicht an der „Wige“ gefangen worden, daß der schmutzige, völkerschädigende Handel aufzulegen wird, daß jene jüdischen und christlichen Firmen, denen die „Wige“ das Geschäft weggenommen hat, den Fall der Deffenstücken übergeben werden. Dadurch erst ward die Korruption zur Sensation. Und daß diese nicht zu Wasser werde, dafür werden die Christlichsozialen selber sorgen, indem sie die „Wige“ durchaus beim Geschäft belassen werden.

ganz mit 20 Schlauchleitungen ein. Die starke Kälte beunruhigte die Böhmerinnen sehr stark, da die durchgehenden Kleider zu Eis erstarrten und auch die Schlauchleitungen immer wieder einfroren. Das Gebände brannte bis zum ersten Stockwerk vollkommen nieder. Zahlreiche Flüchtlinge aus dem Ofen sind durch den Brand um ihre Habsgüter gekommen, die sie in dem Speicher untergestellt hatten.

Ein Familien-Idyll. Aus Kosen wird berichtet: Unter sehr großer Beteiligung der Bevölkerung wurde Dienstag hier der 100. Geburtstag der Witwe Ferit gleichzeitig mit der goldenen Hochzeit ihrer Tochter und ihres Schwieger-sohnes, bei denen sie wohnt, feierlich begangen. In 15 Automobilen fuhrn mit ihr ihre zwei anderen Töchter, neun Enkel und Enkelinnen und 26 Urenkel, Vertreter des Stadtrates überreichten der Jubilarin bei der Begrüßung eine prachtvolle Blumenkränze.

Kirche und Kunstjunk in Frankreich. Nachdem kürzlich in Frankreich die Genehmigung erteilt wurde, Sonntagpredigten durch Kunstjunk zu verkünden, hat der Kardinal-Erzbischof von Paris einen Erlaß an die Kirchenbehörden gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß das Recht der Geistlichen, Predigten zu halten, sich nicht auf solche Predigten erstreckt, die durch Kunstjunk verbreitet werden. — Da werden sich aber die französischen Arbeiter freuen!

Fünf städtische Dufanten zur Lösung der loslosen Frage. Die Zeit-Christlich-Friedensgesellschaft schreibt über Beschlüsse des Herrn K. Wora eine Ankündigung für den besten Kuffel über das Thema „Weg zum Arbeitsfrieden“ aus. Der Artikel so prägnante Bedingungen und Konklusionen enthält, wie die verschiedenen Arbeitssituationen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schlichten wären. Umfang: ein Zeitungsartikel. Die Konklusion endet am 30. April. Die in städtischer Sprache abgefaßten Artikel sind an den Vorstand Dr. K. Rubin in Cassel zu adressieren. — Na, also! Die Konklusion kommt gerade zur rechten Zeit, da jetzt grad die großen Differenzen in der Textilindustrie im Zuge sind. Hoffentlich wird die Friedensgesellschaft das preisgekrönte Rezept in der Länge eines Zeitungsartikels mit den praktischen Maßnahmen auch publizieren, damit die Arbeiter wissen, welcher Selbst in der Zeit-Christlich-Friedensgesellschaft herrscht!

Ein Strafankhalt, die von Sträflingen erhalten wird. In der Republik gab es im Jahre 1925 rund 10.000 Sträflinge, die für ihre Erhaltung selbst mehr als sieben Millionen Kronen verdienen. Die einzige Strafanstalt in der Republik jedoch, die den Staat nicht einen Heller kostet, ist jene des Kreisgerichts in Jura. Die Häftlinge dieser Strafanstalt haben durch ihre eigene Arbeit selbst verdient, daß damit nicht nur ihre Erhaltungskosten, sondern auch sämtliche anderen Ausgaben der Anstalt gedeckt werden konnten. Als vollständige Zellen ist man nunmehr bemüht, durch entsprechende Maßnahmen diesen Zustand in sämtlichen Strafanstalten der Republik zu verwirklichen.

Lezte Nachrichten:

Die Hinrichtungen gehen weiter!

Shanghai, 22. Feber. Der Postdienst und der öffentliche Verkehr wurden wieder aufgenommen. Die Hinrichtungen gehen, allerdings in viel geringerer Maße, weiter. Die französischen Behörden haben Marine- und Luftwaffen mit Maschinengewehren in den zur Chienerstadt führenden Straßen aufgestellt. Bisher sind keine Ausländer getötet oder verletzt worden. Eine allgemeine Mobilisierung der Polizei und der Verteidigungskräfte in der französischen Konzeption ist angeordnet worden.

Suntshuanfang legt sein Amt nieder.

London, 23. Feber. Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Kanton meldet: Es verlautet, daß Suntshuanfang sein Amt niedergelast und den Befehl über den Rest seiner Streitkräfte in die Hände des Generals Linshiangting gelegt habe. Die Shantung-Streitkräfte haben den Vormarsch nach Südkiangsu begonnen. Es ist jedoch noch nicht bekannt, ob auf Grund einer Vereinbarung mit den Russen oder um ihnen Widerstand zu leisten.

London, 23. Feber. Neuer meldet

Shanghai: Der Gouverneur von Shantung, General Tshantungshang, ist in Kanton eingezogen und hat auf Grund einer Vereinbarung mit Suntshuanfang die Herrschaft über die Stadt übernommen. Die Truppen des Generals Fengtien werden die Bahnlinie südlich von Kanton sichern und es dadurch den in Kanton eingetroffenen 2.000 Mann der Nordarmee ermöglichen, sobald an der Verteidigung Shantongs teilzunehmen. Man erklärt allgemein, daß Suntshuanfang als militärischer Faktor ausscheiden werde.

Shanghai, 23. Feber. (Weiter.) Die General

Sun-Tshuan-Fang unterstellten lokalen Behörden haben sich heute der beiden chinesischen Kanonenboote bemächtigt, welche gestern die Stadt bombardierten. Die australischen Schiffmannschaften verließen die Schiffe und flüchteten. Heute haben 30.000 Spinnereiarbeiter die Arbeit aufgenommen.

Die englischen Truppen.

Hongkong, 23. Feber. Das englische Truppenkontingent „Mimosa“ ist mit 1000 Marine-soldaten hier eingetroffen.

Bildungsarbeit. Beethovenfeiern.

Beethovens hundertsten Todestag würdig zu feiern, ist Pflicht aller Kultur-, Kunst- und Bildungsbereinigungen.

Es ist nicht notwendig, Beethoven nur in der Zeit um den 26. März zu feiern; das ganze Jahr 1927 ist dem Gedanken unseres größten Tonkünstlers gewidmet.

Die Feiern für Beethoven müssen würdig sein seines Ruhmes. Wo eine eigene Feier wirtschaftlich unmöglich ist, soll eine andere Veranstaltung, z. B. eine Liedertafel des Gesangsvereines demütigt werden, um Beethovens Jahrhundertfeier zu begehen.

Wenn die Musikfreunden mehrere Kochpartys zusammenlegen und die Mühen nicht scheuen, so muß es möglich sein, eine einfache Feier zuzubereiten; diese muß dann in den übrigen Orten des Bezirkes oder Kreises ebenfalls aufgeführt werden.

Ein Universitäts-Programm soll ungefähr so angeordnet sein:

- 1. Gedenkrede (event. anschließend ein Gedicht).
2. Chor.
3. Streichquartett oder Klaviertrio
4. Klavier solo.
5. Sololieder (Männer- oder Frauenstimme).
6. Streichquartett.
7. Violinsolo.
8. Schlußchor.

Wenn wir hier ein Programm für mittlere und kleinere Orte aufstellen wollen und von Orchesteraufführungen absehen, so wäre dies das Maximum eines solchen Programmes. Es ist selbstverständlich, daß jeder Ort davon das ausführt, was er mit seinen verfügbaren Kräften zu erreichen imstande ist.

Die Gedenkrede soll und darf kein herkömmliches biographisches Datum und Geschichtliches sein, wenn sich solche nicht immer vermeiden lassen werden, aber im Großen und Ganzen muß sich der Vortrag mit Beethovens Größe und der Bedeutung seiner Werke beschäftigen.

- 1. Zeitschrift 'Moderne Welt', Jahrgang 1920, Heft 9. Aufsätze von Dr. Graf, Dr. Dechant, Stefan Zweig, Dr. Sch.
2. Ludwig van Beethoven von Roman Rolland.
3. Beethoven von Ludwig Kohl.

4. Beethoven im Gespräch. Insel-Berlag, Cotta, Bibliothek Nr. 9.

5. Die Kuffage über Beethoven im Arbeiter-Jahrbuch und Arbeiter-Taschenkalender 1927.

6. Gedichte: a) Nikolaus Lenau: 'Kämpfer lernen ich ohne Fesseln'. b) Hans Wedel: 'Troica'. c) Hugo Wolf: 'Zenata quasi una fantasia'.

Chorlieder, die für keine Chöre leicht ausführbar sind:

- 1. 'Gott ist mein Vater'.
2. 'Honne an die Nacht'.
3. 'Die Himmel rühmen des Erigen Ehre'.
4. 'Jah! wohl, du goldne Sonne'.

Sie sind in Schallbüchern und in Vereinstheaternbüchern zu finden, sowohl für Kinder, wie auch für Männer- und gemischten Chor.

Stücke für Violine mit Klavierbegleitung:

Romancen: Op. 40 in G-Dur; Op. 50 in F-Dur.

Sonaten: Op. 12 Nr. 1 Rondo, Nr. 2 Adagio; Op. 23 Allegro molto (opier Satz); Op. 24 Frühlingssonate Allegro 1 Satz, Scherzo, Allegro molto 1 Satz; Op. 30 Adagio molto espressivo 2 Satz; Op. 36 Sonate 10 - Adagio espressivo 2 Satz.

Violinsongere in D-Dur Adagio. Klavierstücke Op. 33 - Sieben Sonnetten - Op. 51 Nr. 1 Rondo in G-Dur, Rondo in A-Dur - Ein Wiener Tanz - (Vollausgabe bei Breitkopf u. Härtel) - Sonaten: Op. 14, Nr. 1 u. 2 - Op. 49 Nr. 1 u. 2 - Op. 79 G-Dur - Scherzinger sind: Op. 126 Rondo a capriccio. (Die Wur über den verlorenen Groschen) - Märche. I. 28. Variationen - Berühmte Sonaten: Op. 13, Pathétique - Op. 24 A-Dur (mit Trancermarsch) - Op. 27, Ein-Wall (Mondscheinsonate) - Op. 31, Nr. 1 D-Moll.

Die Lieder und Gesänge für eine Stimme mit Klavierbegleitung sind gesammelt in der Universal Edition Nr. 522 (Verlag Wien L. Musikvereinsaal) erschienen. Leicht ausführbar sind folgende: Nr. 47 - Ich liebe dich. Nr. 51 - In questa tomba. Nr. 53 - An die Geliebte (2. Fassung). Nr. 55 - Das Bild der Freundschaft. Nr. 1 - An die Hoffnung. Op. 12 - Nr. 2 - Adagio. Nr. 33 - 'Viedergruß, An die ferne Geliebte'.

Für Frauenstimme sind zu empfehlen: Nr. 31 - Die Trommel gerührt, und Nr. 32 - Freudvoll und leidvoll (aus Götters Symphonie). Nr. 30 - Schlußlied (Nur wer die Sehnsucht kennt). Nr. 29 - Was steht mir das Herz - Freundschaft. Nr. 34 - An die Hoffnung. Nr. 35 - Der Mann von Wort. Nr. 45 - Der freie Mann (mit Chor). Nr. 61 - Der Barbengott (Sak). Nr. 63 - So oder so.

Stücke für Streichquartett: Op. 18, Nr. 1 F-Dur, Nr. 2 G-Dur, Nr. 3 D-Dur, Nr. 4 C-Moll, Nr. 5 A-Dur, Nr. 6 B-Dur. Schwerer sind: Op. 59, Nr. 1, 2 u. 3 - Op. 74 - Op. 95. Es wird empfohlen sein, nicht die vollständigen Quartette zu spielen, sondern aus verschiedenen Stücken einzelne Sätze, z. B. Op. 18 - Nr. 1, 2 Satz, Adagio; 3. Satz, Scherzo (mittelschwer); Op. 18 - Nr. 2 und 3, ebenso; Op. 18 - Nr. 4, 1. Satz, Allegro; 2. Satz, Scherzo; 3. Satz, Rondo (schwieriger); Op. 18 - Nr. 5, 1. Satz, Allegro con bris, 2. Satz, Adagio; Op. 30 - 1. Satz, Allegro (schwer).

Vorstehendes sei Vorschlag und Anregung zur Veranstaltung Feiern, Beethovenfeiern.

Volkswirtschaft. Der Kampf um den Achtstundentag.

Der Kampf um den Achtstundentag ist noch immer nicht beendet. Viele Länder sind dem Washingtoner Übereinkommen noch immer nicht beigetreten und deshalb muß das Proletariat um diese Forderung ringen.

Diese Forderung ringen. Diese Tatsache ist aber gleichzeitig ein Ansporn für die Reaktionen jener Länder, die das Washingtoner Übereinkommen noch nicht ratifiziert haben, den Kampf gegen den Achtstundentag nicht aufzugeben.

Vor kurzem hat Belgien das Achtstundentag-Übereinkommen ratifiziert und diesem Beispiele ist nun auch Frankreich gefolgt. Leider hat Frankreich die Ratifizierung mit der Einschränkung ausgesprochen, daß vor der Inkraftsetzung dieses Abkommens England und Deutschland ebenfalls ratifizieren müssen.

Die Ratifizierung durch Frankreich und Deutschland ist ein Verdienst, denn jede Regierung will damit der anderen zurufen: 'Danemann, geh Du voran!' Trotzdem ist auch die bedingte Ratifizierung durch Frankreich anerkennen und es liegt nun an den Regierungen Englands und Deutschlands, ebenfalls die Ratifizierung nachzuholen.

Von der neuen Bürgerblock-Regierung in Deutschland ist wohl ein initiativer Schritt in dieser Hinsicht nicht zu erwarten, denn die heute regierenden radikalen Parteien haben so bisher die Ratifizierung verhindert. Und doch besteht die Hoffnung, daß trotzdem Deutschland in absehbarer Zeit auch diesem Abkommen beitreten und diese Hoffnung gründet sich auf der sich rasch vollziehenden Erstarkung der deutschen Arbeiterklasse.

und damit ist der Achtstundentag dann endgültig festgelegt.

Während die Arbeiterschaft in Europa noch um den Achtstundentag kämpfen muß, ist die Arbeitszeit in anderen Erdteilen längst bedeutend länger geworden. In Australien z. B. ist die 44-Stunden-Woche die Regel und viele Betriebe arbeiten 42, sogar nur 40 Stunden die Woche.

Es ist also hoch an der Zeit, daß auch in den übrigen europäischen Industriestaaten ebenfalls der Achtstundentag geregelt wird, damit auch in den Ländern der alten Kultur einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit die Wege gebahnt werden.

Auf dem Wege zur Einheit.

Am 22. und 23. Febr. L. J. versammelten sich im Gewerkschaftshaus in Prag unter dem Vorsitz des Sekretärs der Bauarbeiter-Internationale die Obmänner der drei Organisationen, die sich in einen Einheitsverband vereinigen wollen.

Die Versammlung zeitigte die einstimmige Feststellung der Grundzüge für die Verschmelzung, bereits erster Satz kurz und bündig lautet: 'Die drei Verbände vereinigen sich zu einem Einheitsverband'.

Die Versammlung zeitigte die einstimmige Feststellung der Grundzüge für die Verschmelzung, bereits erster Satz kurz und bündig lautet: 'Die drei Verbände vereinigen sich zu einem Einheitsverband'.

Streik in der Konfektionsindustrie in Prag.

In Prag haben vor ungefähr fünf Monaten die Arbeiter eine Forderung um Gewährung einer einmaligen Ausbille gestellt. Die Unternehmer haben die Verhandlungen hinausgezogen. Schließlich haben sie unter dem Druck der Organisationen das Angebot gemacht, den Beschäftigten 200 K. den Ledigen 100 K. auszusahlen, dagegen den bisher 100prozentigen Zuschlag auf Überzeitarbeit auf 50 Prozent herabzusetzen.

Jugenderinnerungen aus der Zeit vor Hainfeld.

Von Robert Preußler (Solzburg).

Das Glasarbeiterlädchen im deutschböhmischen Hergsbirge war nach dem Zeugnis der Prager Polizeidirektion schon frühzeitig ein besonders verdächtiger Held des sozialistischen Revolutionskriegs.

Ich war vor Abgang Pankers noch ein kleiner Pankler und hatte den Mann deshalb ins Herz geschlossen, weil er mir als Hausnachbar immer eine kleine Freude machte und mir kleine Spitzereien gab.

Woh nach Antonienwald kam und dem Vater einen Besuch abwartete. Woh war ein bleicher, abgemagerter Mann mit interessanten Gesichtszügen und ich folgte mit fieberhafter Aufmerksamkeit dem Gespräch der aus dem Keller gekommenen Leute.

Mein erstes Debüt war die Übernahme eines Vortrages im Industriellen Bildungsverein in Tannwald über das Thema: 'Was ist Religion?' Im Zuge habe ich mich des Stoffes bemächtigt, las mit der Gewissenhaftigkeit eines Professors alle einschlägigen Bücher, schrieb mit dem Vortrag kein Fäulnis auf, lernte ihn auswendig und schickerte die erste Rede in bestimmungsgemäßer Aufregung hin.

Kurze Zeit darauf gründeten wir auch in Tannwald einen Arbeiterbildungsverein, wo ich die Methode der auswendig gelernten Vorträge mit einem Durchfall zu führen hatte, weshalb ich es nun aus dem Stegreif probierte und mich dabei der sogenannten 'Kostenträger' - Schloßwörter auf Papierstreifen - bediente.

log schon auf der Lauer, auch der überaus ruhigen Bewegung im Hergsbirge den Garous zu machen.

Der Anlaß war bald gegeben. Nach der Einrichtung Zielmachers in Wien, der mit Kommerze einige Polizeispione niedergestreckt hatte, wurden im Gahloner Bezirk Flugblätter verbreitet, weshalb eines Tages im Febr. 1886 ein hartes Aufgebot von Gendarmen in meiner Wohnung erschien und mich wegen des Verdachtes des Verbrechens des Hochverrats aus dem Hause rief, alles durcheinander warf und mich nach Gahlon ins Bezirksgericht brachte.

Wir waren 29 Angeklagte und wurden nach Einstellung des Verfahrens wegen Hochverrats summarisch wegen Geheimbündelei verurteilt. Drei von uns genossen die hohe Ehre, als Vorsitzender des und natürlich gänzlich unbekanntem Geheimbundes verurteilt zu werden.

fen kam, indem man nach radikal-sozialistisch-anarchistischer Methode mit dem Kopf durch die Wand will. Ich lernte die beharrliche organisierte Kleinarbeit schätzen, nahm mir vor, meinen inneren Menschen durch methodische Selbstbildung zu verbessern und für den Kampf brauchbarer zu machen.

Im Herbst nach unserer Entlassung erließen die 'Gleichheit', der Versuch Taaffes mit dem Sozialistengesetz nach deutschem Muster war missglückt, der Hainfelders Parteitag machte dem unsäglichen Streit um Worte und unbrauchbare Kampfmethoden ein Ende.

Die unterdrückte Selbsthilfe hatte unter der Glasarbeiterchaft des Hergsbirges im Herbst 1889 einen Keimling zur Folge. Ich rief die hausindustriellen Arbeiter auf und veranstaltete einen mehrtägigen Streik im Unterziehen von Ort zu Ort; die Glasbleifer stellten die Arbeit ein, die schiedlichen Glasarbeiter vertriehen die Strömungsmaschinen.

Kunst und Wissen. Literarisches Theater.

Einmal im Jahr gibt der Prager literarisch-künstlerische Verein eine Theateraufführung. Wie Napoleon seinen Talma vor einem Parterre von Königen spielen ließ, so lassen die Mitglieder des literarischen Vereins Schauspieler und Anfänger vor einem Parterre von Dichtern, Kunst-Dichtern, Literaten, Journalisten und anderen Prager Hausgrößen auftreten. Es ist ein wahres Familienfest und der Freude, den ein launisches Gescheh in dieses literarische Theater geraten läßt, muß einen sonderbaren, vielleicht aber den richtigen Eindruck von der Literatur, wie man sie in Prag aufführt, erhalten.

Diesmal stand auf dem Programm zunächst Oskar Baum's Tragikomödie „Der pünktliche Gross“. Oskar Baum, der eben sein 50. Lebens-



Oskar Baum.

jahr vollendet, ist als Erzähler, vor allem als Komiker, bekannt und geschätzt. Seit seinen Junglingsjahren erblinnet, hat der Dichter es wie kaum ein zweiter verstanden, die Welt des Blinden von Sehenden zu erschließen. Ein überaus reiches Innenleben, eine innere Schönheit von überraschender Tiefe und wunderbarer Scharfsinn offenbart sich in den Werken des blinden Dichters. Er, dem der Anblick glücklicher und elender Schicksale der Menschen verwehrt ist, gießt die Sonne eines ewig lächelnden Gemütes über seine Gestalten aus, er leidet aber auch mit den Ausgestoßenen und Verdornen. Die Dichtung Oskar Baum's ist sozial im edelsten Sinne; in jeder Zeile, in jedem Vers schlägt das fühlende Herz eines modernen Dichters, der seine Zeit guttief erlebt.

Dass Baum auch gedanklich revolutionär ist, beweist seine Tragikomödie vom Widerspruch der bürgerlichen Ehe. Dass die dramatische Form, die Baum seiner Idee gab, nicht recht den Inhalt fassen will, ändert doch nichts an dem Willen zur Gestaltung der revolutionären Idee. Die bürgerliche Ehe umspielt die Erfüllung der geheimsten, privatesten, tiefsten Begierde lebender Menschen mit einem feierlichen Zeremoniell. Mehr als das: sie terminiert Zeit, Ort und Umstände, unter denen sich vollzieht, was sonst der Leidenschaft des Augenblicks entspringt. Die jahrelang in Sehnsucht nacheinander verzagten, dürfen einander erst gehören, wenn Amt und Hofe die Natur legitimiert haben. Eine satirische Komödie mühte kommenden, glücklicheren

Geschlechtern diese Eheführung überliefern, die alle Scheinmoral der bürgerlichen Weltanschauung in den Spiegeln eines kurzen Geschehens fängt. Ein bösen Ehedrama konnte die Unnatur in ihren tragischen Zusammenhängen zeigen. Als Tragikomödie läßt der Stoff sich nicht gestalten. Das Komische wirkt penibel, das Satirische überspannt, das Tragische eben zu grotesk, um noch die Leidenschaften zu entfachen, das Groteske zu tragisch, um erlösend die Wahrheit zu künden. Dramatisch ist das Stück von Giraudello unglücklich beeinflusst, der Marionettenstil, den die Regie (Höglin) anstrebt, gelang darstellerisch nur Fischer-Streilmann. Streilmann erhöhte durch sein nervös-feminines Spiel das krankhafte Unwahre der Fabel.

Was der B. L. Verein aber dann vorlegte, gehört als Schüleraufstellung in eine historische Jubiläumsschau. Die „Kofoko-Revolution“ von Johannes Haase ist so frisch, daß die Revolution im „Auhreigen“ daneben naturalistisch echt wirken möchte. Dieser Dekorationsspekt, in dem Leersapfen hohe Aphorismen sprechen und scherzliche Jakobiner eine lächerliche Handlung agieren, nennt sich „Komödie“. Komödie ist nur, daß man ihn aufführt!

Die Darsteller können auch in den schönsten Kostümen aus Haases Dichtung, die bestenfalls ein Feuilleton für die Sonntagsbeilage der „Prager Presse“ ergäbe, kein Theaterstück machen. Unter den unglücklichen Modellen der Kostümbildner bemerkt man neben der Anfängerin A. Riezl-Hel, die noch eine längere Schule gut wäre, und neben einheimischen Kräften in einer Episodenrolle (was war da nicht Episode?) Maria Jarosch, die in Verfin Rollen gespielt hat, die man hier niemandem anvertrauen könnte, eine Künstlerin, die man gern in einem wirklichen Drama sehen möchte.

Wir Bangen sich der nächstjährigen Auf- führung des literarischen Vereins entgegen, für die kaum einer ein „Bivort sequentes!“ anbringen wird! E. J.

Premierenabend im tschechischen Nationaltheater. Seit jeher gehört die Pflege des Balletts zu den besonderen künstlerischen Aufgaben des Prager tschechischen Nationaltheaters, das nicht nur über eine Reihe hervorragender Solo-Tänzerinnen und Solo-Tänzer verfügt, sondern auch über ein gewis zahlreiches wie glänzend geschautes Ballett-Korps. Vergangene Woche wurden dem Spielplan des Nationaltheaters gleich zwei Ballett-Neuerheiten auf einmal anverleibt: M. Kavel's „Lezant et les sorillages“ (Kind und Zauberer!), das als Erkaufführung in Szene ging, und H. Martinus Ballett „Wer ist der Mächtigste auf der Welt“, das seine Uraufführung erlebte. Beide Balletts, sowohl das des französischen Meisters Kavel als auch jenes des tschechischen Komponisten Martinus, gehören der Gattung des phantastischen Märchenballetts an. Das Kavel'sche Ballett behandelt die Geschichte von dem schlammigen Rinde, das Tiere quält und verführerische Gegenstände seine Kammern füllt, wofür diese Rede nehmen. Martinus Ballett hingegen umschreibt die Brautwerbung in einer Räuberfamilie, bei der der Brautwerbende Räuber sein Räuberseins schließlich doch erlöst, weil der Räuberpapa, der sein Löwenherd nur dem Mächtigsten der Welt geben will, sich davon überzeugen lassen muß, daß diese Mächtigsten die Räuber selbst sind; denn die scheuende allmächtige Sonne wird von den Wollen verdrängt, die Wollen wieder fest der Wind hinweg, der Wind wieder bricht sich an der Mauer, welche schließlich aber der Wühlarbeit der Mäuse zum Opfer fällt. Kavel's Ballettmusik ist von weichen, französischer Art: Spirit, delikate Klangdifferenzierung und köstliche Schwärzlichkeit im Rhythmus zeichnen sie aus. Martinus ist als Ballett-

musiker noch allzu sehr beherrscht von dramatischen Einzelheiten, die er unter Inbegriffung des Gesamtbildes allzu sehr betont; interessante Einzelheiten der Invention und Instrumentation aber lassen in Martinus einen bewährten Erneuerer des modernen tschechischen Balletts erkennen. Die Aufführung beider Balletts, deren szenische und choreographische Aufmachung lebenswert ist, bot vor allem den Tanzkünstlerinnen Helena Stepanova, Louisa Cerma und Janka Jablonska und Herrn Kamira Gelegenheit, Proben ihrer hochschönen Tanzkunst zu geben. In dem Kavel'schen, den Gesang opernmäßig beherrschenden Ballett boten vor allem die Damen Alexova, Reicholcova, Kardenova und Kozova, sowie die Herren Konstantin, Janil und Sobesky dankenswerte Auftritte. Die musikalische Leitung der Kavel'schen Balletter hatte Kapellmeister Ergoschak, jene des Balletts von Martinus Kavelmeister Winkler.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag (20-2), 7 1/2 Uhr: „Das Schwalbennest“, Freitag (21-2), 7 1/2 Uhr: „Figaros Hochzeit“, Samstag, 7 Uhr: „Garten Eden“, Sonntag, 2 1/2 Uhr: „Die Zirkusprinzessin“, 7 Uhr (22-4): „Der Bogelhändler“, Montag, 7 1/2 Uhr abends: „Doknapolus“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag: „Spiel im Schlaf“, Freitag: „Tartuffe“, „Zerbrochener Krug“, Samstag: „Oskar, laß dich nicht verführen!“, Sonntag, 8 Uhr: „Kopf oder Schrift“, 7 1/2 Uhr: „Weißes Teufel“, Montag: „Pünktlicher Gross“, „Kofoko“.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Prag, Sonntag, 27. Febr.: 10 Uhr vorm. Ende Her-Winterabend. Wanderung nach Kof (Runde). — Boranzeige: 6. März Sonntag-Ausflug nach Burg-Schloß Pürgitz.

VERLANGT UEBERALL



Herausgeber Dr. Ludwig Cjeh
Verantwortlicher Redakteur Dr. Emil Straub
Druck: Deutsche Zeitungs-A.G., Prag.
Für den Druck verantwortlich: E. Holik.

lung und das Spiel der Hauptdarsteller ist unaufdringlich, dagegen aber um so mehr und eindringlicher. Die Trägerin der weiblichen Hauptrolle ist eine Schauspielerin, die uns unbekannt ist, deren Namen man sich aber entscheiden gut merken muß: Louise Lagrange. Sie ist keine der üblichen amerikanischen Starischauspielerinnen, dafür aber von äußerst sympathischem Aussehen und was wohl die Hauptrolle ist, eine eben so natürliche wie gute Schauspielerin. Ihre gut empfundene Fräuleinrolle, die sie in dem Film so glücklich schafft, füllt man ihr voll nach. Ihren Partner verkörpert E. Feltovitz, der ebenfalls in sehr guter Form ist. Dagegen ist nicht recht begreiflich, wie Miss Kaldi zu ihrem klangvollen Namen kommt: sie ist zwar eine prachtvoll organisierte, aber jedenfalls starke und unsumpfbare Puppe, an der nichts davon ist. Die Regie ist eben so geläufig wie die Ausstattung reichhaltig mit ganz erheblichen Mitteln arbeitet. Der Film ist zu empfehlen, nur sollte er, wie schon erwähnt, ein wenig gekürzt werden. — Der zweite Film ist das 75. Jubiläumstück Harry Fleisch „Was gibts im Zirkus heute?“ (Die große Zirkusattraktion). Ueber Harry Fleisch haben wir erst unlängst etwas ausführlicher geschrieben. Die Fabel stellt diesmal viel vor die Aufgabe, einen dunklen Nord im Zirkus Besitz anzuklären, was ihn nach 2 Abenteuern auch reiflos gelingt. Die Hauptpersonen des Stückes sind die Aufnahmen Harry Fleisch unter (natürlich jähren!) wilden Bestien, die auf den neuen Zuschauer einen grauenerregenden Eindruck machen müssen. Kuper Harry Fleisch, der auch die Regie führt, findet man in der Besetzung noch einige bekannte Namen: Danni Weiske, Eugen Burg, Jona Karolowna und Kelpi Ostermann. Der Film mühte gründlich gekürzt werden: er würde dadurch gewis an Tempo gewinnen, aber gewis nicht seine Köhnlut abstreifen.

Argus.



Guten Abend
sei schön durch
ELIDA
JEDE STUNDE
CREME

Hautfarbene Creme gibt die zarte Tönung des Alabasters.

Das Geheimnis der Königinnen der Schönheit.

Sie klebt nicht, fettet nicht, glänzt nicht.

Zu jeder Stunde verwendbar. Stets wirksam, nie sichtbar.

„Elida Jede Stunde Creme zu jeder Stunde angenehm.“

Turnen und Sport.

Einführung der Sportärztlichen Beratung im Arbeiter-Turn- und Sportverband.

Der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes vertritt alle wissenschaftlichen Erfahrungen auf dem Gebiete der Leibesübungen seinen Mitgliedern zu vermitteln und im praktischen Turn- und Sportbetriebe zu vertreten. Namentlich wird vom Arbeiter-Turn- und Sportverband, als dem ersten der Leibesübungen betreibenden Verbände, die sportärztliche Beratung und Ueberwachung organisiert und in eine feste Form gebracht werden. Die sportärztliche Beratung der Turnenden und Sporttreibenden ist von großer Bedeutung, da hierdurch Schäden, die durch übermäßigen, oder unrichtig betriebenen Sport entstehen können, verhindert werden, Sportler von ihnen schädigenden Sportarten zurückgehalten und den für ihre Körperkonstitution entsprechenden Leibesübungen zugewiesen werden.

Nach verschiedenen Vorbesprechungen fand am Sonntag, dem 20. Febr. L. J., im Sitzungssaal der Bezirkskrankenasse in Tepliz die erste größere Beratung statt. An ihr nahmen teil: Die Herren Dr. Gruschka (Kauzig), Dr. Hahn (Tepliz), Dr. Wagner (Tepliz), Dr. Bed (Tepliz), Dr. Richard Epstein (Kauzig), Dr. Paul Epstein (Dux), Dr. Lieben (Turn-Tepliz), Dr. Klein (Prag). Vom Bundesvorstand waren die Genossen Polapka, Müller und Jäger, weiter die Kreisamtsleiter des 4., 5. und 6. Kreises anwesend. Leiter der Beratung war Dr. Lieben (Turn-Tepliz). Einige Worte aus anderen Gebieten hatten ihr Fernbleiben infolge beruflicher Verhinderung entschuldigend, übertrugen aber ihre Mitwirkung zu.

Das einleitende Referat hielt Dr. Hahn (Tepliz), den wir bereits als Leiter der sportärztlichen Untersuchungen am Kreislager in Tepliz kennen lernen.

Die höchst interessante Aussprache zeigte, wie notwendig die Einrichtung der sportärztlichen Ueberwachung ist. Es bereiteten sich an der Aussprache sämtliche teilnehmenden Kreise, der Kreisamtsleiter des 6. Kreises und Turngenosse Müller (Kauzig).

Als Resultat der Beratung ist zu verzeichnen, daß namentlich die sportärztliche Untersuchung und Ueberwachung der Arbeiterturner und Sportler in den Turnbezirken, u. zw. dem Dobruška-Bezirk, dem Aufsicht und dem Tepliz-Dux-Bezirk Gebiet durchgeführt wird, weiter in einzelnen Orten des 6. Kreises. Nach den dort gemachten Erfahrungen wird sich dann diese Tätigkeit über das ganze Bundesgebiet erstrecken.

Wir Beginn dieser Arbeit hat der Arbeiter-Turn- und Sportverband wieder einen bedeutenden Schritt unternommen.

Es verdient aber auch die Bereitwilligkeit und Uneigennützigkeit der Kreise, die sich hier in den Dienst der Volksgesundheit stellen, hervorgehoben zu werden.

Prager Filmwoche.

Am Elekta-Berleth erscheint das Erzeugnis des Deutschen Lichtspiel-Syndikates (D.S.) „Die lachende Grille“, nach dem gleichnamigen Roman von George Sand, inszeniert von Friedrich Jelink. Der Roman als solcher ist ja nicht mehr als eine harmlose Maubertier der mehr auf erotisch als auf literarischem Gebiet bekommen tschechischen Schriftstellerin Karoline Tudovna, geborene Lamin, die sich als Decknamen den wahren Namen George Sand angelehnt hat (1804 bis 1876). Die Fabel ist eine Gartenlaube-Angelegenheit: ein armes Mädchen (Eva Rara) liebt den Bürgermeisterstrolch (Harry Viedtke), kann ihn aber nicht heiraten, weil sie kein Geld hat und den geliebten Mann nicht in Armut führen will. Sie zieht daher nach Paris, wird dort auf ein romanhafte Weise der Schilling des Barons Rothchild (Eugen Burg) und selbstverständlich auch vermögend. Dann kommt sie in ihr Heimatdorf zurück und weiß den heimlichen Geliebten wiederzugewinnen. Aber abgesehen von diesem ganz unmöglichen und lächerlichen Inhalt hat der Film zwei große Vorzüge: erstens als ein geschickliches Dokument und dann als feines, flott gehendes Lustspiel, das man sich gerne ansieht. Die Zeit von etwa 1830 erstreckt vor unseren Augen äußerst bildhaft und malerisch und im Rahmen der Spielhandlung erscheinen manche gute Episoden. Ein Einblick in das Leben der George Sand (Louna Servaes), ihr Verhältnis mit Chopin (Karel Abel), ihr Hinz und Kunft (Karel Abel) (Karl Kopp), der Bau der ersten Eisenbahn und ähnliches mehr, gewährt ein feines Laces Bild von den Zuständen der damaligen Zeit. Der Film als solcher ist ein klares, schönes Bildwerk, getragen von der reichenden Eva Rara, die wieder einmal eine ihrer Meisterrollen

(schafft. Unerlöschlicher Humor läßt den Zuschauer bei manchen Szenen herzlich lachen. Die Regie Jelink ist eben so intelligent wie routiniert. — Als zweiten Film brachte die Elekta ein Erzeugnis des Proletkino's in Moskau unter dem Titel „Licht im Osten“. Das Stück bringt die Verfilmung des im Jahre 1925 erfolgten Filmes einiger russischer Welter von Moskva nach Peking und in diesem Rahmen Bilder aus dem orientalischen Archipel, der Mongolei und China, zeigt uns die Menschen, Sitten und Gebräuche dieser Pansphäre in nüchternen, erzählender Form. Das Bildwerk ist äußerst neu und anfangs sehr zusammenfassend und kann daher höchstens als rosender Reisebericht bewertet werden.

Eladia bringt zwei Filme, die beide in ihrer Art gut sind, nur daß sie allzu lang sind und daher ermüdend wirken. Die vorfristigen Schmittchen ließe sich da manches retten. Das eine Stück ist ein Erzeugnis des Rapid-Filmes in Paris „Das nackte Weib“ (Die Kurtisane von Paris), gedreht nach dem gleichnamigen Bühnenstück von Henri Bataville. Die Fabel erinnert stark an „Bohème“: die einfache, aber große Liebe eines Mädchens zu einem Künstler, dem sie zu Ruhm und Reichtum verhilft und dann sein Weib wird. Nach Jahren glücklicher Ehe kommt dann eine Hochstaplerin (Rita Kaldi) dazwischen, die den Mann an sich fesselt und nicht mehr freiläßt. Die junge Frau ist verwehrt, versucht den Mann zurückzugewinnen, die Hochstaplerin umzustimmen, aber alles ist vergebens, denn der kaiserliche Künstler verläßt sie. Sie unternimmt einen Selbstmordversuch, wird aber wieder gesund und der Mann kommt reumütig zu ihr zurück, als er sich von der Karriere seiner neuen Geliebten überzeugt. In dieser kurzen Aufzählung erscheint die Fabel vielleicht lächerlich, aber der Film ist es entschieden nicht. Das Stück entrollt vielmehr ein eindrucksvolles Bild einer übergroßen Frauenliebe, die an der Selbsttötung des Mannes fast zerfällt. Manche der Beobachtungen sind reine Poésie, die Hand-